

Antragsbuch

Ordentliche Mitgliederversammlung 2023



JUSOS MÜNSTER

Inhaltsverzeichnis

A1 Arbeitsprogramm der Jusos Münster 2023: In der ersten Reihe!-----	1
A 2 Kein Fußbreit dem Faschismus: Konsequenz gegen Rechtsextremismus vorgehen --	17
A 3 Wider die Ökonomisierung! – Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen in der Kinderpflege-----	22
A 4 Endlich eine HIV-PrEP-Berechtigung für alle – im Kampf gegen AIDS -----	25
A 5 Wider die Ökonomisierung der Bildung!-----	30

1 **A1 Arbeitsprogramm der Jusos Münster 2023: In** 2 **der ersten Reihe!**

3 4 **Antragsteller*innen: Vorstand der Jusos Münster**

5
6 Jungsozialist*in zu sein, das bedeutet, sich in einer Gesellschaft der strukturellen
7 Diskriminierung von Frauen, BIPOC, Queeren und Behinderten für eine der Freien und
8 Gleichen einzusetzen. Wir verstehen uns als sozialistischer, feministischer,
9 antifaschistischer und internationalistischer Richtungsverband innerhalb der SPD Münster,
10 der darüber hinauswirken möchte. Wir erkennen den Kapitalismus als Quelle allen Übels
11 der Welt und stehen in der ersten Reihe, um uns gegen ihn zu wehren. Das System, das
12 wird erreichen wollen, ist der demokratische Sozialismus. Denn nur mit dem demokratischen
13 Sozialismus schaffen wir eine Gesellschaft, die von den Werten Antifaschismus,
14 Feminismus und Antirassismus geprägt ist. Wir setzen uns dafür ein, dass niemand mehr
15 auf Grund seiner Hautfarbe, seiner Sexualität, seines Geschlechts, seiner Behinderung oder
16 seiner Herkunft benachteiligt wird.

17 Wir machen keinen Halt vor der Herausforderung, den Kapitalismus und all seine Folgen zu
18 beenden und laden herzlich all jene dazu ein, die sich in unseren Idealen wiederfinden, sich
19 uns anzuschließen. Wir Jusos Münster verstehen uns als Verband, in dem wir uns
20 gegenseitig empowern und geschlossen auftreten, wenn sich aus allen Richtungen der
21 Gesellschaft rechte Stimmen erheben. Denn es ist die gemeinsame Überzeugung, die uns
22 so stark macht. Das gilt im Wahlkampf, auf dem PoliTisch, in Partei und Verband und
23 natürlich auf der Straße. Gemeinsam stehen wir solidarisch in der ersten Reihe, wenn es
24 heißt, sich gegen jede Form der kapitalistischen Menschenfeindlichkeit zu stellen!

25

26 **I. Unsere inhaltliche Arbeit**

27 Unsere inhaltliche Arbeit ist seit jeher von einer tiefgreifenden Auseinandersetzung
28 verschiedener Themen geprägt. Dies greift das ständige Reflektieren unserer bisherigen
29 Arbeit auf. Wir wollen kritisch betrachten, inwiefern die Ideale und Werte, nach denen wir
30 uns richten, auch umgesetzt werden. Feminismus, Sozialismus, Antifaschismus und
31 Antirassismus dürfen keine leeren Phrasen sein. Für eine nachhaltige Arbeit fangen wir bei
32 uns selbst an, indem wir nicht aufhören, uns zu hinterfragen und zu bilden. Weiter müssen
33 die Erkenntnisse dieser Selbstreflexion auch in die Partei getragen werden. Die vergangene
34 Landtagswahl hat gezeigt, dass die NRW SPD es nicht geschafft hat, Wähler*innen zu
35 überzeugen, was nicht zuletzt durch die niedrige Wahlbeteiligung verdeutlicht wird. Als
36 Jusos ist es nun an uns, ein starker linker Motor der Partei zu sein. Wir müssen für die
37 Positionen kämpfen, von denen wir so überzeugt sind. Die Sozialdemokratie muss nun
38 beweisen, dass sie die Bürger*innen nicht im Stich lässt. Denn nur mit ihr können wir
39 Klimaschutz, gerechte Bildung und die Zerschlagung des Patriacharts erreichen. Deswegen

1 müssen wir uns auch im nächsten Jahr politisch einbringen, um uns den Herausforderungen
2 der Zeit, wie der Energiekrise, Inflation und die dadurch zunehmende Armut zu stellen.

4 **I.I Unsere Themenbereiche**

5 Die Themenbereiche, mit denen wir uns beschäftigen, prägen und fördern maßgeblich unser
6 politisches Selbstverständnis. Diese Themen sind für uns Antifaschismus und
7 Antirassismus, Bildung, Europa und Internationales, Feminismus sowie Soziales und
8 Umwelt. Dass die strukturelle Diskriminierung vor allem durch Intersektionalität befeuert
9 wird, zeigt sich seit jeher. Gerade Antirassismus ist keine Thematik, die man nach einem
10 Seminar abgehakt hat, sondern erfordert eine ständige Präsenz in unseren Diskursen.
11 Deshalb soll sich jeweils ein PoliTisch pro Gruppe im Jahr damit thematisch bezogen
12 auseinandersetzen. So wollen wir im nächsten Jahr dafür sorgen, dass jegliche
13 Interessensgebiete abgedeckt werden, aber auch die Auseinandersetzung mit Themen, die
14 einem noch fern sind, erfolgt.

16 **PoliTisch Antifaschismus und Antirassismus**

17 Als Jusos widmen wir uns antifaschistischer und antirassistischer Arbeit. Es ist wichtig und
18 richtig, Faschismus und Rassismus zu bekämpfen. Wie im letzten Jahr bereits eingeführt,
19 wollen wir antifaschistische und antirassistische Arbeit gesondert zum Thema machen.
20 Rassismus und Faschismus haben viele ekelhafte Gesichter. Wir möchten uns mit jeglichen
21 Formen des Rassismus und Faschismus beschäftigen. Als Genoss*innen ist es unsere
22 Aufgabe, Antifaschist*innen zu sein, wir müssen es jedoch auch alle zusammen zur Aufgabe
23 machen, Antirassist*innen zu sein. Es reicht nicht, Rassismus und Faschismus zu hassen.
24 Lasst uns gemeinsam beim PoliTisch Antifa/Antira uns weiterbilden und unser Umfeld
25 aufklären!

26 Unter anderem ist es unser Ziel, dass der PoliTisch Antifa/Antira ein Ort für
27 BIPOCs/Menschen mit Migrationsvorgeschichte wird, wo ihnen zugehört und vor allem
28 geglaubt wird. Wir möchten verhindern, dass marginalisierten Gruppen ihre Erfahrungen
29 abgesprochen werden. Und in diesem Fall ist es die Aufgabe der mehrheitlich *weißen*
30 PoliTisch Teilnehmer*innen, sich zu reflektieren. Uns ist es wichtig, als Jusos Münster zu
31 zeigen, was für eine coole Gruppe wir sind, wo Jede*r sich wohlfühlen kann. Die Perspektive
32 von Jüd*innen, Muslim*innen, BIPOC, Sinti*zze und Romn*ja, Migrant*innen, Geflüchteten
33 und vielen Weiteren, die Diskriminierung in Deutschland erleiden, sind uns sehr wichtig. Als
34 Jusos Münster müssen wir überlegen, wie wir die Menschen erreichen, für die wir täglich
35 Politik machen. Es sollte unser Ziel als Jungsozialist*innen sein, z.B. mehr BIPOCs für
36 unseren Verband zu gewinnen. Denn die Erlebnisse und Erfahrungen von Rassismus
37 betroffenen Menschen sind keine Einzelfälle, sondern der pure Alltag. Den puren Alltag
38 erfahren wir nur, wenn wir aus unseren *weißen* Kreisen rausgehen und offen sind.

1 Wir möchten Politik für jede*n machen! Deshalb sollten wir uns niedrigschwellig mit
2 Rassismen und Strukturen auseinandersetzen. Innerhalb der Behörden kennen wir
3 rassistische Strukturen. In diesem Rahmen können wir uns mit dem NSU-Prozess oder den
4 Vorfällen in Hanau, Solingen oder Halle beschäftigen. Außerdem wollen wir uns mit den
5 Hürden von Geflüchteten auseinandersetzen, um uns zu solidarisieren und zu verstehen,
6 dass gewisse Strukturen Geflüchteten das Leben in Deutschland erschweren.
7 Queerdenker*innen und die Neue Rechte sind eine Gefahr für die Demokratie! Es muss
8 unsere Aufgabe sein, diese faschistischen Strukturen aufzudecken und zu reflektieren,
9 welchen Narrativen auch wir zum Opfer fallen. Nur so können wir uns stabil gegen rechts
10 stellen. Diesbezüglich lässt sich ein theoretischer PoliTisch bestimmt organisieren. Wir, als
11 Jusos Münster, sind offen für Themenvorschläge und möchten als Team diese PoliTische
12 stattfinden lassen.

13

14 **PoliTisch Bildung**

15 Die Chancengleichheit gehört zu unserem Grundverständnis. Alle Schüler*innen sollten
16 unabhängig von ihrem* Geschlecht, sexueller Identität und Orientierung sowie Behinderung,
17 sozialer Herkunft und Migrationshintergrund die gleichen Chancen auf Bildung haben. Die
18 Realität ist jedoch eine andere. Das deutsche Schulsystem gehört laut PISA zu den
19 Ungerechtesten in Europa. Die Herkunft der Familie, der soziale Stand und der Abschluss
20 der Eltern entscheiden immer noch maßgeblich über den Bildungserfolg eines Kindes. So
21 zeigt der Bildungsbericht 2022: Schüler*innen aus Elternhäusern mit niedrigerem
22 sozioökonomischen Status besuchen nach der Grundschule deutlich seltener höher
23 qualifizierende Schularten als Gleichaltrige mit hohem Sozialstatus. Mit Blick auf ihre
24 Berufsvorstellungen trauen sich Jugendliche mit niedrigem Sozialstatus bereits in
25 Jahrgangsstufe 8 weniger zu, obwohl sie durchaus höhere Ziele anstreben. Am Ende der
26 Schullaufbahn bleiben sie fast 3-mal so häufig ohne Schulabschluss und erreichen nicht
27 einmal halb so oft eine Hochschulzugangsberechtigung wie Jugendliche mit hohem
28 sozioökonomischen Status.

29 Im Rahmen des PoliTisch Bildung wollen wir uns deshalb damit beschäftigen, wie soziale
30 Ungleichheiten in der Schullaufbahn abgebaut werden können. Es ist uns als
31 Jungsozialist*innen ein Anliegen, uns damit auseinanderzusetzen, wie eine linke
32 Bildungspolitik gestaltet werden muss, die jedem und jeder eine bestmögliche Teilhabe an
33 der Gesellschaft ermöglicht.

34 Im Zuge dessen werden wir uns anschauen, welche Auswirkungen die Pandemie auf das
35 Leben der Schüler*innen hatte. Die Schulschließungen und der damit verbundene Online-
36 Unterricht haben bei vielen Schüler*innen zu großen Lernrückständen geführt. Wir wollen
37 uns daher dem Programm „Ankommen und Aufholen“ der Landesregierung widmen und
38 überprüfen, wie gut es geeignet ist, um die Schüler*innen beim Lernen zu unterstützen. Aber
39 nicht nur die Leistungen von Schüler*innen haben sich im Verlauf der Pandemie
40 verschlechtert. Der Mangel an sozialem Austausch hat auch zu einem starken Anstieg an

1 psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen geführt. Die Bedürfnisse von
2 jungen Menschen sind während der Pandemie vielfach übersehen und vernachlässigt
3 worden.

4 Ein weiteres Thema, mit dem wir uns beschäftigen wollen, ist die inklusive Pädagogik. Noch
5 immer werden viele Kinder und Jugendliche an Förderschulen unterrichtet. Und das, obwohl
6 die Förderschule im Widerspruch zu einem inklusiven Bildungssystem steht und der von
7 Deutschland ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention widerspricht. Schüler*innen mit
8 und ohne Behinderung haben durch Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention den
9 Anspruch auf Bildung an einer allgemeinen Schule. Wir werden uns anschauen, warum die
10 Mehrheit der Bundesländer nach knapp 14 Jahren Verpflichtung zur Umsetzung eines
11 inklusiven Bildungssystems keine substanziellen Fortschritte macht und uns damit
12 auseinandersetzen, was sich in den Schulen verändern muss, damit ein gemeinsames
13 Lernen endlich überall stattfinden kann.

14 Aber nicht nur die Situation von Schüler*innen soll ins Auge gefasst werden. Wie sich nun
15 in der Energiekrise erneut zeigt, werden auch die Bedürfnisse von Studierenden häufig
16 übersehen. Vielfach kündigen Universitäten jetzt eine Verlagerung der Vorlesungen und
17 Seminare in den digitalen Raum an, um Hörsäle nicht heizen zu müssen. Die Energiekrise,
18 eine steigende Inflation und der Wohnungsmangel drohen das Studieren zum Luxusgut zu
19 machen. Viele Studierende wissen nicht, wie sie Gas, Strom und Lebensmittel bezahlen
20 sollen. Die Armutquote ist bei Studierenden fast doppelt so hoch wie in der
21 Gesamtbevölkerung. Trotzdem, erhalten nach wie vor nur ca. elf Prozent der Studierenden
22 BAföG. Eine grundlegende, strukturelle BAföG- Reform ist längst überfällig.

23 Neben den genannten Themenfeldern soll der Politische Bildung Raum bieten, damit auch
24 aktuelle Entwicklungen und bildungspolitische Vorhaben diskutiert werden können.

25

26 **Politische Europa und Internationales**

27 Einer unserer Grundwerte als Jusos ist der Internationalismus. Dieser ermahnt uns, im
28 Sinne einer Vereinigung aller sozialistischen Kämpfe der Welt eine grundsätzliche
29 internationale Perspektive einzunehmen. So werden wir uns im Politische Europa und
30 Internationales mit europäischen und internationalen Fragestellungen auseinandersetzen.

31 Vergangenes Jahr wurde die **europäische und internationale Sicherheitsarchitektur**
32 vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine erschüttert. Es ist wieder Krieg in Europa.
33 Das diese prominente wie schreckliche Aussage andere bewaffnete Konflikte, welche
34 genauso in Europa stattgefunden haben, ausblendet, sollte uns umso mehr dazu drängen,
35 uns mit bewaffneter Gewalt und Sicherheit auseinanderzusetzen. Hierbei werden wir einen
36 Fokus auf die NATO legen. Welche Rolle wird die NATO in Zukunft einnehmen? Welche
37 weiteren europäischen Ansätze werden verfolgt? Welche grundsätzlichen Fragen stellen
38 sich bezüglich einer europäischen Sicherheitsarchitektur für uns als Jungsozialist*innen?

39 Genauso wichtig ist es, sich mit **internationaler Sicherheit** auf struktureller Ebene
40 auseinanderzusetzen. Wie entsteht diese und wie wird diese definiert? Wie funktioniert

1 atomare Abschreckung? Wie kann internationale Sicherheit unter den Aspekten von
2 menschlicher Sicherheit, der Einhaltung von Menschenrechten und feministischer Außen-
3 und Sicherheitspolitik gedacht werden? Welche Zukunft hat die internationale
4 Waffenregulation als zentrales Mittel der Friedenssicherung? Mit diesen Fragen werden wir
5 uns kritisch beschäftigen.

6 Der **kurdische Freiheitskampf** und die iranische Revolution sind mehr als alles andere ein
7 feministischer Freiheitskampf gegen patriarchale Unterdrückung und Gewaltherrschaft. In
8 diesem Zusammenhang werden wir uns einerseits auf die Dynamik der Revolution im Iran,
9 andererseits auch mit dem kurdischen Freiheitskampf in Syrien und anderen Gebieten
10 auseinandersetzen. Insbesondere sollen dabei auch die verfolgten Ziele von einer
11 Gesellschaft der Gleichstellung der Geschlechter und einer Ordnung alternativ zum
12 Nationalstaat in den Fokus gerückt werden.

13 Als ein weiteres sicherheitsrelevantes Thema muss die **Klimakrise** betrachtet werden. Hier
14 müssen wir uns stetig und intensiver mit den fortschreitenden Auswirkungen und
15 Bedrohungen der Klimakrise beschäftigen. Klimakonferenzen auf internationaler Ebene wie
16 die Pariser Klima-Konferenz oder die COP 27 verkümmern zu neoliberalen Start-Up-Börsen
17 und kaum zielführenden Beschlüssen. Wir wollen uns daher einerseits damit beschäftigen,
18 wie der aktuelle Stand des globalen Kampfes gegen die Klimakrise aussieht, welche
19 Verantwortung die Staaten des globalen Nordens endlich einnehmen müssen und wie
20 notwendige Maßnahmen aussehen können.

21 Infolge von Krieg, Klimakrise und damit verwobenen wirtschaftlichen Auswirkungen ist die
22 Zahl von Menschen auf der **Flucht** erneut auf einen neuen, erschreckenden Rekord
23 angestiegen. Migration spielt bei rechten, konservativen und liberalen politischen Kräften
24 eine entscheidende Rolle. Immer wieder wird mit dem Motiv, Migration stelle die zentrale
25 Sicherheitsbedrohung dar, folgenschwere Stimmung gegen Schutzsuchende gemacht. Mit
26 dem rassistischen und menschenfeindlichen Gehalt dieses Motives werden wir uns im
27 Kontext von europäischen **Migrationspolitik** auseinandersetzen. Ebenfalls werden wir uns
28 der Fragestellung widmen, ob der massive Ausbau von Frontex und die Abhängigkeiten, in
29 die sich die EU mit Verträgen wie dem Türkei-EU-Deal begibt, nicht eher das
30 Sicherheitsproblem darstellt.

31 Wenn gleich das Ziel der Jusos ist, die kapitalistische Weltordnung zu überwerfen, müssen
32 wir uns dennoch mit den Strukturen dieser auseinandersetzen. Dies ist gerade notwendig,
33 um Machtungleichheiten zu erkennen und diese am effektivsten bekämpfen zu können.
34 Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben die
35 Weltwirtschaft grundlegend verändert. Untrennbar sind sicherheitsrelevante Fragen mit
36 wirtschaftlichen Fragen verbunden. So setzt Biden mit einem neuerwachten
37 **Protektionismus**, also der aktiven Unterstützung und Schutz der heimischen Wirtschaft,
38 Trumps Slogan America First Again um. Wie sehen die neokolonialen und
39 menschenfeindlichen Strukturen des globalen Finanzkapitalismus aus? Wie sieht eine

1 europäische Antwort auf aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen aus? Wie könnte sie auch
2 und sollte sie aussehen?

3 Gerade vor dem Hintergrund der bestehenden Energiekrise und dem Fiasko von Nord-
4 Stream 2 werden **Abhängigkeiten** immer mehr Teil von politischen Analysen und so auch
5 von unseren. Hier setzen wir uns mit den Abhängigkeiten der EU und Deutschlands im
6 Energiesektor und weiteren wirtschaftlichen Abhängigkeiten wie der Chip-Versorgung
7 auseinander und setzen dies in Verbindung mit Klimakrise und der Achtung von
8 Menschenrechten. Auch über die sicherheitsrelevante Gefahr des sich anbahnenden
9 **Wirtschaftskrieges** zwischen den USA und China werden wir in den notwendigen
10 Austausch gehen.

11 Auf internationaler Ebene wird dabei die Europäische Union zu einem immer
12 bedeutungsvolleren Akteur. Neben der beschriebenen Verantwortlichkeit der Europäischen
13 Union hinsichtlich Migration und Flucht steht der **Zusammenhalt der Europäischen Union**
14 zur Debatte. Die rechten Regierungen in Ungarn, Polen und Italien sind nur ein Beispiel des
15 mittlerweile nicht nur aufstrebenden Rechtspopulismus, sondern Zeichen einer
16 dominierenden rechtsextremen Kraft in Europa. Wir schauen uns an, welche
17 Organisationsstrukturen sich aus dieser Kraft herausbilden, welche gemeinsamen Kämpfe
18 sie stärken und an welche zukünftigen Entwicklungen zu erwarten sind, auf die wir reagieren
19 müssen. In diesem Kontext werden wir uns intensiv mit der Rolle der Jusos und anderer
20 antifaschistischen Strömungen auch auf europäischer Ebene beschäftigen, um Antworten
21 und Handlungsmöglichkeiten auf diese Entwicklung zu finden.

22 Im Kontext der grundsätzlichen Bedeutsamkeit der EU und den jüngsten
23 **Korruptionsskandalen** wollen wir die Strukturen der EU vertieft diskutieren und unter dem
24 Aspekt von demokratischer Kontrolle und Legitimität kritisch hinterfragen.

25

26 **PoliTisch Feminismus**

27 Feminismus ist eine der Grundsäulen unserer politischen Arbeit. Aktuelle Vorkommnisse
28 wie die Angriffe auf das Abtreibungsrecht in den USA, die Frauenproteste im Iran oder der
29 Gender-Pay-Gap zeigen eindeutig, dass wir Feminismus auch nach wie vor brauchen und
30 Rechte für Frauen sowie Queere Menschen immer noch erstritten werden müssen. Der
31 bildungspolitische Arm unserer feministischen Arbeit wird wie immer der PoliTisch
32 Feminismus sein.

33 In diesem Jahr wird es darum gehen verschiedene Aspekte aus einer globalen Perspektive
34 zu betrachten. Hierfür werden wir uns unter anderem die Geschichte der iranischen
35 Frauenbewegung anschauen und einen Fokus auf die aktuellen Frauenproteste legen. Wie
36 konnte es zu der aktuellen Situation kommen? Welche Möglichkeiten zur Vernetzung gibt
37 es für die Akteurinnen? Diese und noch mehr Fragen wollen wir auf dem PoliTisch klären.

38 Weiterhin werden wir uns intensiver mit den intersektionalen Diskriminierungserfahrungen
39 auseinandersetzen, denen Frauen in unserer Gesellschaft ausgesetzt sind. Hierzu werden
40 wir auf einem PoliTisch klären, was intersektionaler Feminismus eigentlich bedeutet und wie

1 wir als Verband Lehren aus dieser Betrachtung ziehen können. Des Weiteren werden wir
2 uns mit der Intersektion aus rassistischer und sexistischer Diskriminierung befassen. Hierzu
3 werden wir uns mit den Erfahrungen von Muslimas in Deutschland auseinandersetzen.
4 Muslimas sind eine Statusgruppe, die in der Gesellschaft starken Diskriminierungen
5 ausgesetzt ist, über die kaum gesprochen wird. Dies werden wir in diesem Jahr ändern!
6 Ein weiteres Thema, das mehr an öffentlicher Bedeutung gewinnen sollte, ist der
7 sogenannte Gender-Data-Gap. Dieser bezeichnet fehlende oder unterrepräsentierte
8 Datenerhebungen für ein bestimmtes Geschlecht bei Datenerhebungsverfahren, die
9 gesellschaftlich, medizinisch oder wirtschaftlich relevant sind. Warum ist zum Beispiel nicht
10 breiter bekannt, was die typischen Herzinfarkt-Symptome bei Frauen sind? Solchen Fragen
11 werden wir auf den Grund gehen und darüber diskutieren, wie man die Lage verbessern
12 kann, so dass Frauen in wissenschaftlichen Analysen genauso berücksichtigt werden wie
13 Männer.
14 Selbstverständlich werden wir auch das aktuelle politische Geschehen immer im Blick
15 behalten und auch darüber informieren und mich euch diskutieren.

16

17 **PoliTisch Soziales und Umwelt**

18 Soziale Themen sind Kernbestandteil unserer politischen Arbeit. Angesichts der
19 Generationenherausforderung, die der Klimawandel für den Planeten und die Menschheit
20 darstellt, müssen Klimaschutz und Soziales zusammengedacht werden. Dieses
21 Zusammenspiel soll beim PoliTisch Soziales und Umwelt behandelt werden. Eine sozial
22 gerechte Lösung der Klimakrise kann jedenfalls nicht mit einem Wirtschaftssystem erfolgen,
23 in dem wenige Menschen erhebliche Profite machen und das auf „grenzenlosem
24 Wachstum“ auf Kosten von Mensch und Umwelt beruht. Nachhaltiges Wirtschaften schließt
25 somit nicht nur den Umweltschutz mit ein, sondern bedeutet auch, dass allen Menschen ein
26 Leben in Selbstbestimmung frei von wirtschaftlichen Zwängen ermöglicht werden kann.

27 Ein Bereich, in dem Umwelt und Soziales eng verknüpft sind, ist die Mobilität. Die erhebliche
28 Nachfrage nach dem 9 Euro-Ticket im Sommer 2022 hat gezeigt, dass die Menschen einen
29 günstigen ÖPNV brauchen und wollen. Das Deutschlandticket, das auf dem Weg ist, ist ein
30 Schritt in die richtige Richtung. Jedoch braucht es eine viel tiefgreifendere Verkehrswende,
31 um die Pariser Klimaziele einzuhalten. Und schließlich bedeutet Mobilität auch Teilhabe. In
32 den vergangenen Jahrzehnten war die „autogerechte Stadt“ das Ideal. Jedoch dürfen in den
33 Städten Autos nicht mehr Platz beanspruchen als die Menschen, die dort leben. In diesem
34 Jahr wollen wir uns beim PoliTisch Soziales und Umwelt mit der Verkehrswende aus
35 ökologischer und sozialer Perspektive beschäftigen. Wie kommt die Verkehrswende in
36 Münster und im Umland voran? Wie sieht es mit der Barrierefreiheit in den deutschen
37 Städten aus? Und wie muss eine sozial-ökologische Verkehrswende aussehen, in der
38 wirklich alle mobil sein können?

39 Die Corona-Pandemie hat die großen Versäumnisse der letzten Jahrzehnte im Bereich der
40 Gesundheitspolitik sichtbar und spürbar gemacht. Zu Beginn des vierten Pandemiejahrs

1 stellt sich die Frage: Was haben wir daraus gelernt? Hier wollen wir uns im Besonderen mit
2 der Situation der Pflegekräfte in den deutschen Kliniken beschäftigen. Dass der Tarifvertrag
3 Entlastung in NRW geglückt ist, ist das Ergebnis eines erbitterten Kampfes seitens des
4 Krankenhauspersonals, das tagtäglich Leben rettet. Gesundheitsminister Lauterbach hat
5 eine „Revolution des Krankenhaussystems“ angekündigt. Mit dieser „Revolution“ wollen wir
6 uns kritisch auseinandersetzen. Schafft diese eine wirkliche Entlastung der Kliniken? Und
7 merken die Pflegekräfte etwas von dieser Entlastung?

8 Wer schon einmal Bekanntschaft mit dem Münsteraner Wohnungsmarkt gemacht hat, weiß,
9 wie schwer es ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Dies gestaltet sich umso schwieriger
10 für BIPOC, Menschen mit Migrationsgeschichte und Empfänger*innen von Sozialhilfe. Wir
11 wollen uns beim Politischen mit dem Wohnungsmarkt vor allem aus einer antirassistischen
12 Perspektive auseinandersetzen und fragen uns, ob und wie die Stadtpolitik diese Probleme
13 angeht.

14 Der Klimawandel trifft nicht alle Menschen in gleichem Umfang. Vor allem Länder des
15 globalen Südens sind überproportional von Dürren, Überflutungen oder
16 Extremwetterereignissen betroffen. Für viele indigene Bevölkerungsgruppen weltweit ist der
17 Klimawandel besonders existenzgefährdend. Einige versuchen, juristisch gegen die
18 Großemittenten, vor allem milliardenschwere Öl- und Energiekonzerne, vorzugehen. Wir
19 wollen uns neben den Klimaklagen dieser Gruppen gegen internationale Unternehmen auch
20 mit Klimaschutzbewegungen im globalen Süden auseinandersetzen. Wie wird Klima- und
21 Umweltschutz außerhalb unserer „europäischen Bubble“ angegangen?

22

23 **I.II Unsere Seminare**

24 Seminare sind aus dem Verbandsleben in Münster neben den Politischen nicht mehr
25 wegzudenken. Gemeinsam wollen mehrmals im Jahr für einen Tag oder ein ganzes
26 Wochenende zusammenkommen, um uns großen Schwerpunktthemen zu widmen.

27 Dieses Jahr wollen wir uns inhaltlich vier Themen inhaltlich mit Tages- bzw.
28 Wochenendseminaren beschäftigen. Wochenendseminare außerhalb von Münster haben
29 sich in der Vergangenheit als besonders gewinnbringend herausgestellt. Deswegen wollen
30 wir nach Möglichkeit für zwei Wochenendseminare Münster verlassen. Nach dem Erfolg des
31 gemeinsamen Antirassismus-Wochenendseminar mit den Jusos Bonn im letzten Jahr
32 wollen wir dies wiederholen. Rassismen sind allgegenwärtig, dementsprechend muss unser
33 Verständnis von antirassistischer Arbeit konsequent erweitert und ausgebaut werden.
34 Unverzichtbar bleibt dabei, dass bei jedem Seminar, unabhängig der Thematik, eine
35 feministische Perspektive miteinbezogen wird. Wir setzen dabei auf die feministische
36 Viertelstunde. Da eine Viertelstunde aber nicht unser einziger Anspruch sein kann, soll
37 zusätzlich pro Seminartag mindestens eine Stunde die jeweilige Thematik mit einer
38 feministischen Perspektive aufgearbeitet werden. Weiterhin soll gewährleistet werden, dass
39 niemand auf Grund seiner finanziellen Lage an unseren Bildungsveranstaltungen nicht
40 teilnehmen kann, weswegen eine sichere Finanzierung gewährleistet werden muss.

1 Da das Schreiben von Anträgen für unsere Mitgliederversammlungen unsere Positionen
2 festsetzt, kann dies derweilen eine kleine oder große Herausforderung darstellen. Um den
3 Zugang dazu möglichst niedrigschwellig zu gestalten, wollen wir wieder das bewährte Mittel
4 der Antragsschule nutzen, um sowohl neue als auch altbekannte Jusos dazu zu motivieren,
5 sich bei der inhaltlichen Ausrichtung unseres Verbandes mit einzubringen. Besonders
6 wollen wir dabei versuchen, Jusos untereinander zu vernetzen, damit Anträge als Gruppe
7 verfasst werden können, sollte sich diese Aufgabe nicht allein zugetraut werden. Hier ist es
8 besonders an den Vorstandsmitgliedern, auf Genoss*innen zuzugehen und diese zu
9 motivieren.

10 Darüber hinaus wollen wir auch für die Bildungsangebote der NRW und Bundes-Jusos
11 werben, um eine Vernetzung über unseren Unterbezirk hinaus zu fördern. Ziel ist dabei, auf
12 jeder Landesveranstaltung aus Münster vertreten zu sein, und vor allem FINTA und BIPoC
13 zu empowern, sich auf Landesebene einzubringen.

14

15 **I.III Aktionswoche gegen Antisemitismus und feministischer März**

16 Seit nun einigen Jahren ist unsere Aktionswoche gegen Antisemitismus und für Solidarität
17 mit Israel hier in Münster etabliert. Und so wollen wir auch dieses Jahr wieder ein buntes
18 Programm auf die Beine stellen und unter anderem ein*e Referent*in einladen. Ebenfalls
19 wollen wir dabei unsere Bündnispartner*innen wie etwa das Jugendbündnis gegen
20 Antisemitismus und das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft mit
21 einbeziehen. Das vergangene Jahr hat wieder einmal gezeigt, dass Antisemitismus in
22 unserer Gesellschaft tief verankert sind. Genannt sei hierbei etwa die antisemitischen
23 Darstellungen auf der Documenta 2022. Unser Kampf gegen Antisemitismus gilt deshalb
24 umso mehr.

25 Das Format des feministischen März soll ebenfalls fortgeführt werden. Da wir nicht nur am
26 Frauen*kampftag zeigen wollen, dass Feminismus eine unserer zentralen Leitlinien ist,
27 wollen wir den ganzen Monat über verschieden Aktionen und Formate ausführen. Dabei
28 wollen wir unseren Mitgliedern die Notwendigkeit des feministischen Kampfes näherbringen
29 und die Chance geben, neue Perspektiven kennenzulernen und die Debatte in die SPD
30 sowie in die Stadtgesellschaft zu tragen. Auch hier wollen wir die Zusammenarbeit mit
31 Bündnispartner*innen und externen Gästen suchen, um bei gemeinsamen Veranstaltungen
32 über den eigenen Tellerrand hinaus zu blicken.

33

34 **II. Unsere Arbeitsweise**

35 In den letzten Jahren haben wir immer wieder gezeigt: An uns Jusos Münster führt kein Weg
36 vorbei! Münster stellt erneut den Landesvorsitz und ist weiterhin im Rat der Stadt Münster
37 mit zwei unserer Genoss*innen im Rat der Stadt Münster vertreten, die für eine stabile
38 jungsozialistische Kommunalpolitik sorgen. Auch zeigen wir weiterhin im
39 Unterbezirksvorstand mit zwei Beisitzer*innen und zwei stellvertretenden Vorsitzenden
40 Präsenz. Unterstrichen wird dies von unserem Auftreten auf Parteitag, Landes- und

1 Bundeskonferenzen, auf denen wir unsere Anträge einbringen, verteidigen und gemeinsam
2 für die beste Beschlusslage kämpfen. Die Vertretung und Präsenz auf den verschiedenen
3 Ebenen wollen wir auch in diesem Jahr fortführen und gemeinsam dafür sorgen, dass die
4 Jusos Münster breit gefächert ihre Ideen und Positionen in den Verband und in die Stadt
5 Münster tragen.

6

7 **II.I Der PoliTisch**

8 Seit jeher ist der Donnerstagabend für die Jusos Münster ein fester Termin. Wir wollen es
9 nicht missen, wöchentlich zusammenzukommen, um die Zeit zu nutzen und über aktuelle
10 politische Themen, theoretische Fragestellungen und Lösungen zu diskutieren. Der
11 gemeinsame Austausch und das ein oder andere Kaltgetränk bietet darüber hinaus die
12 Möglichkeit sich untereinander zu vernetzen.

13 Das letzte Jahr war das erste seit Beginn der Pandemie, in dem wir unsere wöchentlichen
14 Treffen vollständig in Präsenz stattfinden lassen konnten. Dies wollen in diesem Jahr,
15 solange es das Infektionsgeschehen zulässt, so weiterführen. Dabei wechseln wir in
16 alphabetischer Reihenfolge unsere PoliTisch-Gruppen mit den Themen Antifaschismus und
17 Antirassismus, Bildung, Europa und Internationales, Feminismus und Soziales und Umwelt.
18 Davon ausgenommen ist der PoliTisch Organisatorisch. Bei unserer Art öffentlichen
19 Vorstandstreffen wollen wir gemeinsame Aktionen planen und über Termine und
20 Veranstaltungen informieren. Einen besonderen Stellenwert hat hierbei der Bericht aus den
21 verschiedenen Ebenen des Verbandes und der Partei. Die Vertreter*innen der Stadt
22 Münster, der Bundesvorstand der Jusos, der Landesvorstand der NRW-Jusos, der
23 Unterbezirksvorstand der SPD Münster sowie die örtliche Juso-Hochschulgruppe berichten
24 hierbei von den Ereignissen und ihrer Arbeit des jeweils vergangenen Monats. Ist ein
25 Besuch der einzelnen Vertreter*innen aus nachvollziehbaren Gründen nicht möglich,
26 erwarten wir, dass der*dem Sprecher*in ein schriftlicher Bericht vorgelegt wird, der den
27 anwesenden Genoss*innen vorgestellt werden kann. Eine Ausnahme stellt hierbei die
28 Berichterstattung aus dem Bundesvorstand der Jusos dar. Da Münster hier nicht personell
29 vertreten ist, liegt die Verantwortung bei dem*der Sprecher*in, einen Bericht vorzulegen.

30 Auch die inhaltliche Auseinandersetzung verschiedenster Themen soll auf dem PoliTisch
31 Organisatorisch nicht zu kurz kommen. In der Vergangenheit hat sich dafür die politische
32 Viertelstunde bewährt. Dabei wollen wir abwechselnd eine politische und eine feministische
33 Viertelstunde durchführen.

34 Eine gängige Methode auf unseren inhaltlichen PoliTischen ist die Gruppenarbeit.
35 Gruppenarbeit ermöglicht den Teilnehmenden, sich einem Schwerpunkt der jeweiligen
36 Thematik zu widmen. Trotzdem wollen wir in diesem Jahr auch anderen Methoden, wie etwa
37 Quize oder Planspiele, tiefer etablieren. Bei dem Format der Gruppenarbeiten gilt weiter,
38 mindestens ein Thema anzubieten, welches ohne Textarbeit auskommt. Um den Zugang
39 niedrigschwellig und für Fachfremde zugänglich zu halten, verzichten wir bei dem Material
40 auf wissenschaftliche Arbeiten und Studien. Das Einladen von Expert*innen und

1 Referent*innen zu einem Thema, soll weiterhin eine Möglichkeit bleiben, und auch ein
2 kommunaler Bezug soll in einer Gruppe zu finden sein.

4 **II.II Die Vorstandsarbeit**

5 Grundlegend für die starke Präsenz der Jusos Münster ist eine breite Beteiligung. Um
6 weiterhin das bestmögliche Angebot für politische Partizipation zu haben, trifft sich der
7 Vorstand mindestens einmal im Monat, um anstehende Aufgaben, Projekte und
8 Veranstaltungen zu koordinieren.

9 Auf dem PoliTisch Organisatorisch werden alle bedeutenden organisatorischen und
10 inhaltlichen Entscheidungen mit allen Anwesenden gemeinsam getroffen. Darüber hinaus
11 sind Funktionär*innen verschiedenster Ebenen anwesend, um sich mit den Fragen und
12 Anregungen der Mitglieder auseinanderzusetzen.

13 Die Mitglieder müssen sich darauf verlassen können, dass die auf dem PoliTisch
14 Organisatorisch und Mitgliederversammlungen gefassten Beschlüsse und Entscheidungen
15 umgesetzt werden. Zusätzlich soll sich der Vorstand dazu verpflichtet fühlen, besonders
16 aktiv an den Veranstaltungen der Jusos Münster teilzunehmen. Daher gilt die
17 Erwartungshaltung an alle Vorstandsmitglieder, sich im besonderen Maße zu beteiligen und
18 engagieren. Jedes Vorstandsmitglied ist dafür für eine PoliTisch-Gruppe und einen
19 bestimmten Arbeitsbereich zuständig. Diese Arbeitsbereiche sind Bildungsarbeit,
20 Bündnisarbeit, Gleichstellungsarbeit, Neumitgliederarbeit, Öffentlichkeitsarbeit sowie die
21 Vernetzung mit der Juso-Hochschulgruppe. Der Vorstand soll darüber hinaus jeweils ein*e
22 Ansprechpartner*in für Schüler*innen und Auszubildene benennen, um eine eventuelle
23 Neugründen einer JSAG Münster zu ermöglichen. Zusätzlich wird es eine Ansprechperson
24 für BIPoC geben, um das Empowerment in unseren eigenen Strukturen voranzutreiben. Die
25 jeweiligen Zuständigkeiten und Ansprechpartner*innen sollen auf jedem PoliTisch
26 Organisatorisch und darüber hinaus transparent gemacht werden. Um Feedback und
27 Anregungen weiterhin anonymisiert zuzulassen, wird der dafür etablierte QR-Code auf
28 unseren Veranstaltungen deutlicher beworben werden.

29 Das 2019 beschlossene feministische Neumitgliederkonzept und das 2021 beschlossene
30 Vielfaltskonzept sollen weiter ausgebaut werden, um den Fokus in diesem Jahr aus
31 Intersektionalität zu setzen. Unter Berücksichtigung der Beschlusslagen auf Landesebene
32 soll sich der Vorstand dafür gemeinsam mit interessierten Mitgliedern ein Konzept in einer
33 Arbeitsgruppe erarbeiten, um auf der kommenden außerordentlichen
34 Mitgliederversammlung einen Antrag zu stellen.

36 **II.III Sommerschule**

37 Die Grundwerte der Jusos sind Internationalismus, Antifaschismus, Sozialismus und
38 Feminismus. Wir in Münster sind davon überzeugt, dass es essenziell ist den Kampf für
39 diese Werte gemeinsam zu betreiben. Teil einer Gruppe zu sein, in der freundschaftliche
40 Verbundenheit großgeschrieben wird, ist etwas, was wir nicht missen wollen. Dass dieses

1 Jahr keine Wahl stattfindet, soll uns nicht daran hindern, gemeinsam für unsere
2 Überzeugungen einzustehen. Um diese Vernetzung auszubauen, wollen wir in diesem
3 Sommer gemeinsam mindestens zwei Tage wegfahren.

4 Dabei soll neben der Vernetzung auch inhaltliche Arbeit zentraler Bestandteil sein. Wir
5 wollen uns gegenseitig bilden, weswegen sich im Voraus alle Mitglieder allein oder Gruppen
6 organisieren können, um einen Workshop zum Thema ihrer Wahl vorzubereiten und in der
7 Sommerschule durchzuführen. Diese Themen können von Überthemen wie Antifaschismus
8 zu kleinen Nischenthemen alles bedeuten. Ziel ist dabei vor allem das Empowerment von
9 Mitgliedern außerhalb des Vorstandes. Natürlich stehen die Vorstandsmitglieder aber zur
10 Verfügung, um inhaltlich oder organisatorisch zu unterstützen. Ein festgesetztes Thema soll
11 allerdings die Kommunalpolitik sein, um den Teilnehmenden die Politik vor Ort noch
12 zugänglicher zu gestalten. Um unser feministisches Selbstverständnis nicht außer Acht zu
13 lassen, sollen mindestens 50% der Workshops von FINTA veranstaltet werden.

14 Die Sommerschule wird von den Mitgliedern des Vorstandes organisiert. Dies bedeutet,
15 dass der Vorstand sich dazu verpflichtet, einen passenden Ort zu finden und die
16 Finanzierung zu sichern, sodass niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen wird.

17

18 **II.IV Awareness-Arbeit**

19 Politische Arbeit kann mitunter sehr belastend sein. Lange galt das Dogma, man könne für
20 Politik nicht sensibel und emotional sein, sondern müsse „abgehärtet“ sein. Das dieses
21 Dogma seinen Ursprung im Patriarchat hat und vor allem für privilegierte weiße cis Männer
22 funktioniert, ist mittlerweile mehr als eindeutig. Marginalisierte Gruppen werden noch immer
23 im politischen Kontext vernachlässigt und diskriminiert, was dazu führt, dass viele ihr
24 politisches Engagement beenden. Wir in Münster wollen uns dagegen wehren und dabei
25 auch unsere eigene Struktur reflektieren.

26 Dafür wollen wir zunächst als Übergangslösung zwei Personen im Vorstand, einen Mann
27 und eine FINTA-Person, benennen, die sich als Ansprechpersonen verantwortlich fühlen.
28 Wir wollen dafür sorgen, dass allen Mitgliedern kommuniziert wird, dass es in ihrem eigenen
29 Ermessen liegt, sich zu melden und es keine Beurteilung Dritter braucht, die ihre Situation
30 bewerten. Die Person entscheidet allein, ob eine Grenze überschritten wurde. Das kann
31 allerdings keine langfristige Lösung sein. Deswegen wollen wir zu Beginn des Jahres eine
32 Arbeitsgruppe gründen, die sowohl aus Vorstandsmitgliedern als auch aus Mitgliedern
33 außerhalb besteht. Diese Arbeitsgruppe soll in mehreren Treffen ein Awareness-Konzept
34 für die Jusos Münster erarbeiten, unter anderem auch unter Einbezug der Beschlusslage
35 auf Landesebene. Das Awareness-Konzept soll dann auf der außerordentlichen
36 Mitgliederversammlung beschlossen werden.

37

38 **II.V Kooperation und Bündnisarbeit**

39 Die Bündnisarbeit hat für uns einen besonderen Stellenwert. Für den gemeinsamen Kampf
40 der gesellschaftlichen Veränderung ist es essenziell, sich mit anderen progressiven Kräften

1 zusammenzuschließen. Es zeigt sich oft, dass linke Mehrheiten innerhalb der Gesellschaft
2 existieren, weswegen es umso wichtiger ist, dass wir uns mit anderen progressiven Kräften
3 zusammenzuschließen, um gemeinsam stärker zu sein.

4 Unerlässlich ist deshalb das enge Verhältnis zu unseren Freund*innen der Juso-
5 Hochschulgruppe in Münster. Deshalb ist es seit jeher Tradition, dass ein Vorstandsmitglied
6 von der Juso-Hochschulgruppe nominiert wird und die Vernetzung der beiden Gruppen
7 ermöglicht. Die Vernetzung geschieht in Form von gemeinsamen Plena, PoliTischen und
8 der gemeinsamen Weihnachtsfeier. Doch die Juso-Hochschulgruppe soll sich auch darüber
9 hinaus auf unsere Freund*innenschaft verlassen können. So wollen wir uns auch in diesem
10 Jahr wieder im Hochschulwahlkampf einsetzen und dabei unterstützen, wo wir nur können,
11 wenn Wahlkampfplakate aufgehängt und Aktionen durchgeführt werden. Wir kämpfen um
12 die Plätze im StuPa und Senat helfen der Juso-Hochschulgruppe dabei, stärkste Kraft zu
13 werden. Auf eine enge Zusammenarbeit und Kontakt zwischen Verantwortlichen der
14 Hochschulgruppe und des Juso-Vorstandes können und wollen wir auch 2023 nicht
15 verzichten.

16 Wir Jusos Münster ordnen unsere Beziehung zur SPD unter dem Begriff „Kritische
17 Solidarität“ ein. Das bedeutet, dass wir ein linkes Sprachrohr innerhalb der Partei sind, die
18 sich für die Position und Bedürfnisse junger Menschen in der SPD einsetzen. Folglich
19 bringen wir uns in die Strukturen der Partei ein und sind im Vorstand der SPD Münster
20 vertreten. Für einen effizienten Austausch über den Wahlkampf hinaus ist deshalb auch die
21 Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereinen wichtig.
22 Um auch mal über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen, vernetzen wir uns mit
23 mehreren linken Bündnissen hier vor Ort. Seit mehreren Jahren sind das das Kein Meter
24 Bündnis, Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung sowie das Jugendbündnis gegen
25 Antisemitismus. Trotzdem sind wir stets offen für neue Kooperation und
26 Bündispartner*innen, die sich gegen Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und
27 Faschismus oder auch für die Umwelt einsetzen. Auch die Vernetzung für gemeinsame
28 Veranstaltungen mit dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Münster
29 wollen wir weiter vorantreiben. Wir sind überzeugt, dass wir die Herausforderungen in
30 Münster und die Belange junger Menschen am besten gemeinsam bewältigen. Dafür wollen
31 wir mit den Bündnispartner*innen neben der gegenseitigen Unterstützung auf
32 Demonstrationen auch häufiger in den direkten Austausch kommen. Dies kann etwa in Form
33 von gemeinsamen Plena geschehen, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

34 Der 1. Mai ist für uns Jusos jedes Jahr aufs Neue ein wichtiger Tag. Da wir uns aber nicht
35 nur an einem Tag solidarisch mit jenen, die sich für Arbeitnehmer*innenrechte einsetzen,
36 zeigen wollen, wollen wir weiterhin einen engen Austausch mit den Gewerkschaftsjugend
37 suchen.

38 Für eine Zusammenarbeit auf einer partei-politischen Arbeit hat sich vor allem die Nähe zur
39 Grünen Jugend in Münster in der Vergangenheit als gewinnbringend herausgestellt. In

1 diesem Jahr möchten wir den Kontakt wieder intensivieren und mindestens ein
2 gemeinsames Plenum anstreben.

3

4 **II.VI Gleichstellungsarbeit**

5 Eine wirkungsvolle feministische Arbeit verlangt vor allem zwei Dinge: Reflektion und
6 Kontinuität. In einer patriarchalen Gesellschaft wie die unsere, ziehen sich die sexistischen
7 und queerfeindlichen Strukturen durch alle Ebenen. Wir sagen diesen Strukturen den Kampf
8 an und setzen uns dafür ein, das FINTA nicht mehr systematisch unterdrückt werden, um
9 unseren Traum einer Gesellschaft der Freien und Gleichen näher zu kommen. Gerade
10 deshalb ist es von besonderer Wichtigkeit, auch unser eigenes Verhalten innerhalb unseres
11 Verbandes ständig zu reflektieren und aufzuarbeiten. Nur zu sagen: Ich bin Feminist*in, ist
12 etwas, was schon lange nicht mehr reicht. Ein Verband, der sich selbst als feministisch
13 bezeichnet, muss sich auch über solche Aussagen hinweg dafür einsetzen, dem Patriarchat
14 ein Ende zu bereiten.

15 Ein effektives Mittel dafür sind die in Kooperation mit der Juso-Hochschulgruppe
16 stattfindenden Frauennetzungstreffen. Letztes Jahr war es zu dem seit Beginn der
17 Pandemie wieder möglich, regelmäßige Frauenmensatreffen durchzuführen. An dieser
18 Kontinuität wollen wir auch in diesem Jahr mittels eines zwei Wochen Rhythmus festhalten.
19 Weiterhin halten wir an unserem feministischen Neumitgliederkonzept fest, um mehr FINTA
20 für die Mitarbeit zu gewinnen. Deshalb wollen wir uns darüber Gedanken machen, wie wir
21 die Vernetzung von FINTA in Münster vor Ort weiter stärken können. Passende Formate
22 dafür könnten etwa Schulungen und Seminare sein, die sich ausschließlich an FINTA
23 richten, oder ein gemeinsamer Ausflug. Darüber hinaus ist es uns ein besonders wichtiges
24 Anliegen, FINTA zu empowern, sich auf der NRW-Jusos und Bundes-Ebene einzubringen.
25 Dazu gehören Delegationen, aber auch alle Veranstaltungen außerhalb von Münster. Für
26 die Veranstaltungen gilt der Anspruch, dass die Mitglieder aus Münster möglichst quotiert
27 teilnehmen.

28 Da feministische Arbeit allerdings nicht lediglich aus dem Empowerment von FINTA besteht,
29 sehen wir männliche Mitglieder in der Pflicht, sich ständig ihre eigene Position im Patriarchat
30 und der daraus resultierenden Privilegien bewusst zu werden. Männliche Mitglieder sollen
31 sich im besonderen Maße dazu aufgefordert fühlen, sich mit der Thematik auseinander zu
32 setzen, weswegen die Erwartungshaltung gilt, die feministischen Bildungsangebote auf
33 allen Ebenen nach Möglichkeit wahrzunehmen. So wollen wir daran arbeiten, dass
34 Feminismus kein Arbeitsbereich ist, der ausschließlich von FINTA behandelt wird. Für
35 unsere eigene Struktur in Münster wollen wir an unseren Wochenendseminaren
36 Genderplena abhalten, die von Personen geleitet werden, die der Vorstand hinsichtlich ihrer
37 bisherigen Erfahrung in Bezug auf Awarenessarbeit auswählt.

38 Gewinnbringend ist auch die Zusammenarbeit mit feministischen Akteur*innen der
39 Stadtgesellschaft, die wir auch in diesem Jahr fortführen wollen. Eine Kooperation mit
40 anderen progressiv feministischen Kräften ist also etwas, was wir angehen wollen. Egal ob

1 am Frauenkampftag, dem internationalen Aktionstag gegen Gewalt an Frauen oder dem
2 Protest gegen die fundamentalistischen Abtreibungsgegner*innen des 1000-Kreuz-
3 Marsch, mit uns Jusos Münster muss zu rechnen sein.

4 Auch innerhalb der eigenen Partei wollen wir den intensiven Austausch mit der
5 Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Münster beibehalten und weiter
6 ausbauen, um neue Möglichkeiten der Kooperationen zu evaluieren.

7

8 **II.VII Öffentlichkeitsarbeit**

9 Durch die Pandemie fand lange Zeit die Präsenz der Jusos Münster hauptsächlich im
10 digitalen Raum statt. Dies führte dazu, dass wir unseren Auftritt in den sozialen Medien
11 verstärken und verbessern konnten. So wurde das Format des Takeovers auf Instagram
12 eingeführt, an dem wir weiterhin festhalten wollen. Neben der Vorstellung des neuen
13 Vorstands über die Takeover ist darüber hinaus denkbar, Vertreter*innen der verschiedenen
14 Ebenen wie der Landes- und Bundesebene, aber auch den Juso-Mitgliedern im Rat, die
15 Möglichkeit zu geben, über dieses Format die eigenen Herzensthemen an die
16 Follower*innen heranzutragen. Zu unserer Socialmedia-Arbeit gehört auch, sich an
17 wichtigen Aktions- und Gedenktagen mit der jeweiligen Thematik auseinanderzusetzen.
18 Dafür wollen wir erneut monatlich einen Postingplan zu diesen Tagen erstellen. Weiter
19 wollen wir unseren auch unseren alltäglichen Socialmedia-Auftritt intensivieren. So soll es
20 für alle Veranstaltungen Ankündigungspostings auf Instagram und Facebook geben und die
21 PoliTische zusätzlich am Vortag durch eine Instagram-Story angekündigt werden. Die
22 PoliTische und Veranstaltungen sollen jeweils mit Storys begleitet werden. Dadurch wollen
23 wir potenzielle Neumitglieder, aber auch interessierte Mitglieder niedrigschwelliger
24 erreichen und für unsere Arbeit begeistern. Auch wollen wir offen bleiben, unsere
25 Onlinepräsenz auf neueren Socialmedia-Kanälen wie TikTok zu etablieren.

26 Darüber hinaus wollen wir in diesem Jahr versuchen, einen Schritt weiter Richtung
27 Barrierefreiheit zu gehen. Dafür ergänzen wir unsere Inhalte auf der Website und Texte auf
28 Instagram durch leichte Sprache und Alternativtexte. So wollen wir sicherstellen, dass
29 Menschen mit Behinderung oder auch geringen Deutschkenntnissen nicht von der
30 politischen Teilhabe ausgeschlossen werden.

31 Neben der Onlinepräsenz wollen wir die Printmedien Münsters weiterhin nicht außer Acht
32 lassen. Durch regelmäßige Pressemitteilungen wollen wir unsere Statements in den lokalen
33 Medien präsentieren.

34

35 **II.VIII Neumitgliederarbeit**

36 In Münster macht Neumitgliederarbeit vor allem die Neumitgliederseminare aus. In
37 regelmäßigen Abständen wollen wir auch weiterhin diese Treffen veranstalten, die von
38 der*dem Neumitgliederbeauftragten organisiert und durchgeführt werden. Darüber hinaus
39 meldet sich die*der Neumitgliederbeauftragte an neu in Münster gemeldete Mitglieder und
40 weist auf diese und weitere Teilhabemöglichkeiten hin. Unser Vielfaltskonzept und

1 feministisches Neumitgliederkonzept soll weiterhin Neuerungen in unserer
2 Neumitgliederarbeit fördern. Um neuen Mitgliedern die spezifische Kontaktaufnahme zu
3 erleichtern, wollen wir weiterhin auf unseren Veranstaltungen Infomaterial auslegen.
4 Dadurch ist es sofort ersichtlich, wer dem Vorstand angehört und wer welchen
5 Aufgabenbereich und PoliTisch-Gruppe bespielt.

6 In den letzten Jahren hat es sich als sehr gewinnbringend herausgestellt, dass sich auf den
7 Neumitgliederseminaren weitere Personen aus dem Verbandsleben vorstellen. Das können
8 weitere Personen aus dem Vorstand, aber auch Personen aus anderen Ebenen sein. Dabei
9 soll auch weiterhin darauf geachtet werden, dass diese Zusammensetzung niemals rein
10 männlich ist.

11

12 **III. In der ersten Reihe!**

13 *Die Jusos Münster schreiben sich ihre Grundwerte Sozialismus, Feminismus und*
14 *Antifaschismus sowie Freiheit, Gleichheit und Solidarität nicht nur auf die Fahne, sondern*
15 *füllen sie mit Leben. Wir sind ein stolzer Verband, der weiß, wo er herkommt, was er will*
16 *und wie er das erreichen kann. Wir laden alle, die unsere Werte teilen, ein, mit uns für eine*
17 *Welt zu kämpfen, die unsere ist.*

18

19

20

A 2 Kein Fußbreit dem Faschismus: Konsequent gegen Rechtsextremismus vorgehen

Antragsteller: Adrian Buchwald

Der Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für die Demokratie. Spätestens seit dem Erstarken der AfD erfolgt eine zunehmende Vernetzung rechter Gruppierungen, darunter, Reichsbürger*innen, Terrorgruppen, politische Bündnisse und Parteien. Bei einer der größten Razzien in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde am 7. Dezember ein terroristisches Netzwerk von QAnon-Anhänger*innen und Reichsbürger*innen mit dem Namen „Patriotische Union“ ausgehoben. Die mehr als 50 Beteiligten planten die Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch einen gewaltsamen Umsturz. Das ist jedoch nur die Spitze des Eisberges. Das Bundesamt für Verfassungsschutz schätzt die Zahl der Reichsbürger*innen in Deutschland auf über 21.000, Tendenz steigend. Deutschlandweit vernetzt sich die Reichsbürger*innenszene, vor allem über soziale Netzwerke, deren intransparente Organisationsstruktur keine ausreichende Inhaltskontrolle bieten. Die rechte Szene ist alles andere als homogen: Reichsbürger*innen suchen und finden den Schulterschluss mit Neonazis, neurechten Gruppen wie der identitären Bewegung, dem Dritten Weg und auch der AfD. So schockiert es nicht weiter, dass eines der Mitglieder der Terrorgruppe eine ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD war, die von der Parteispitze noch im Bundestagswahlkampf 2021 unterstützt wurde und auch bei der Razzia noch Parteimitglied war. Die AfD ist der parlamentarische Arm einer sich zunehmend radikalisierenden rechten Szene. Die pluralistische Demokratie ist dadurch in großer Gefahr. Gerade FINTA-Personen (Frauen, Inter-, Nichtbinär-, Trans- und Agender-Personen), queere Menschen, BIPOC, Muslim*innen, Jüd*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sind gefährdet und immer häufiger Angriffen von Rechtsextremist*innen ausgesetzt. Wir Jusos fordern ein konsequentes Vorgehen gegen den Rechtsextremismus.

Die Beteiligten der Terrorgruppe „Patriotische Union“

Der Anführer der Terrorgruppe „Patriotische Union“ war der 71-jährige Prinz Heinrich XIII. Reuß, der schon 2019 auf einer Podiumsdiskussion für die Reichsbürger*innenszene typische Verschwörungstheorien verbreitete – offenbar ohne Konsequenzen für ihn. Vor allem in konservativen Kreisen wird die Person belächelt. Dabei ist es vor allem die Mischung der Gruppe, die sie so gefährlich macht. Unter den festgenommenen Beteiligten waren Querdenker*innen, Esoteriker*innen, eine Richterin eines Berliner Gerichts, eine Ärztin und mehrere ehemalige Soldat*innen.

Die Beteiligung ehemaliger Angehöriger der Bundeswehr ist mehr als besorgniserregend. Der ehemalige Oberst Maximilian Eder zum Beispiel radikalisierte sich innerhalb der Corona-Protestbewegung. In der Bundeswehr war er am Aufbau des Kommando-

1 Spezialkräfte beteiligt, verfügt also über eine entsprechende Spezialausbildung und ist im
2 Umgang mit schweren Waffen versiert. Eder war Teil des sog. „militärischen Arms“ der
3 „Patriotischen Union“, also denjenigen Mitgliedern, die durch gewaltsame Angriffe auf die
4 kritische Infrastruktur und auf Politiker*innen einen Machtwechsel herbeiführen sollten.
5 Diesem „militärischen Arm“ gehörte auch ein ehemaliger KSK-Soldat an, der wegen illegaler
6 Waffendeals aus der Bundeswehr entlassen wurde. Ein weiterer ehemaliger KSK-Soldat
7 war in der Corona-Protestbewegung aktiv und rekrutierte dort neue Mitglieder der Gruppe.
8 Auch gab es ein aktives Mitglied der KSK in der „Patriotischen Union“.
9 Daneben war mit Michael F. auch ein ehemaliger Polizist an der Terrorgruppe beteiligt. Er
10 radikalisierte sich ebenso bei Querdenken-Demos, wo er Reichsbürger*innen-Thesen
11 verbreitete und den Hitlergruß zeigte. Dafür wurde er vom Polizeidienst suspendiert.
12

13 **Rechtsextremist*innen im Dienste des Staates**

14 Diese Mitglieder waren oder sind im Dienste der Gesellschaft und des Staates tätig. Und
15 genau hier liegt das größte Problem. Rechtsextremismus äußert sich nicht nur im Privaten.
16 Rechtes Gedankengut gibt es auch bei Beamt*innen, Träger*innen öffentlicher Ämter, in der
17 Polizei und in der Justiz. Wenn der Staat hoheitliche Befugnisse in die Hände von
18 Faschist*innen legt, gibt er ihnen Entscheidungsgewalt, erleichtert ihnen ggf. den Zugang
19 zu Waffen oder bildet sie entsprechend aus. Der Staat begünstigt damit rechte Gewalttaten.
20 Die Verstrickung des Verfassungsschutzes z.B. in die rassistische Mordserie des NSU ist
21 nur eines von vielen Beispielen eines eklatanten Staatsversagens über die letzten Jahre
22 oder gar Jahrzehnte. Es handelt sich nicht um Einzelfälle. Es ist ein systemisches Problem,
23 in das der Staat involviert ist und in dem staatliche Stellen die Aufklärung solcher Probleme
24 bewusst verhindern.
25

26 **Die bisherigen staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus**

27 Haben Rechtsextremist*innen Zugang zu Waffen, werden rechte Terrorakte wie die NSU-
28 Morde, Halle oder Hanau erst möglich. Zwar hat sich der Verfassungsschutz die
29 Entwaffnung der Reichsbürger*innenszene zum Ziel gesetzt und bis 2021 1050
30 Reichsbürger*innen die Waffenerlaubnis entzogen. Allerdings bedeutet ein Entzug der
31 Waffenerlaubnis nicht, dass weniger Waffen in Umlauf sind. So verfügen mindestens 500
32 Reichsbürger*innen nach wie vor über Waffen, 2100 gelten als gewaltorientiert.

33 Seit 2017 werden alle Bundeswehranwärter*innen, die an Kriegswaffen ausgebildet werden
34 sollen, sicherheitsüberprüft. Diese Einstiegsüberprüfung geht über die Angaben im
35 polizeilichen Führungszeugnis hinaus und nimmt in den Blick, ob jemand strafrechtlich in
36 Erscheinung getreten ist, oder ob es Hinweise auf Extremismus oder Gewaltorientierung
37 gibt. Erst seit Oktober 2022 gibt es eine erweiterte Überprüfung für Spezialkräfte.

38 Dass die Razzia am 7. Dezember 2022 geglückt ist und Gewalttaten verhindert werden
39 konnten, ist ein positives Signal für die Terrorismusprävention. Die Koordination zwischen
40 verschiedenen Behörden, z.B. des Bundeskriminalamts, der Landeskriminalämter, des

1 Verfassungsschutzes und des militärischen Abschirmdienstes scheint funktioniert zu haben.
2 Die Instrumente der wehrhaften Demokratie sind also durchaus in der Lage, sich der Gefahr
3 des Rechtsextremismus zu stellen.

4 Allerdings wird das Problem oft nur symptomatisch behandelt und nicht an den Wurzeln
5 gepackt. Deutschlandweit sind über 600 per Haftbefehl gesuchte Rechtsextremist*innen
6 untergetaucht, 87 davon werden wegen Gewaltdelikten gesucht. In den letzten Jahren ging
7 der Staat durch Razzien in den Misch-Szenen verstärkt gegen Rechtsextremist*innen vor
8 und entzieht Reichsbürger*inne zunehmend Waffen. Dass diese Waffen jedoch teilweise
9 aus der Bundeswehr oder der Polizei selbst kommen, bleibt ein großes Problem. Nach wie
10 vor gibt es in vielen Bundesländern keine unabhängige Meldestelle für Extremismus in der
11 Polizei oder in der Bundeswehr. Trotz den sich häufenden Meldungen über
12 rechtsextremistische Chatgruppen oder Parolen bleibt eine gezielte und effektive Aufklärung
13 aus. Der intransparente und inkonsequente Vorgang mit Rechtsextremismus in der Polizei,
14 der Bundeswehr oder der Justiz entzieht personifizierter Staatsgewalt die demokratische
15 Kontrolle. Die weitreichenden Eingriffsbefugnisse u.a. von Polizeikräften machen eine
16 umfassende Extremismusaufklärung umso erforderlicher.

17 Die Basis aller Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ist eine ausreichende Datenlage.
18 Der ehemalige CSU-Innenminister Horst Seehofer verhinderte jahrelang eine umfangreiche
19 Studie über Rassismus und Rechtsextremismus innerhalb der Polizei. Dabei ist eine solche
20 Studie, die Daten über rechtsextreme Tendenzen bei Angehörigen von Polizei, Bundeswehr
21 und anderer Behörden sammelt, unerlässlich, um die Ausmaße des Problems sichtbar zu
22 machen und adäquate Maßnahmen zu ergreifen. Eine solche Studie hat die Ampelkoalition
23 im April 2021 schließlich auf den Weg gebracht und dafür 800 000 Euro im Bundeshaushalt
24 zur Verfügung gestellt. Sie soll aufklären, wie weitverbreitet rassistische Einstellungen und
25 verfassungsfeindliche Netzwerke in den deutschen Sicherheitsbehörden sind.

26

27 **Lösungsstrategien und Forderungen**

28 Die Ampelkoalition möchte gem. dem Koalitionsvertrag den Kampf gegen
29 Rechtsextremismus intensivieren. Bereits die vorherige Bundesregierung verabschiedete
30 2020 einen Maßnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus für den Zeitraum von 2021-
31 2024, damals als Reaktion auf den rechtsterroristischen Anschlag von Hanau. Dabei lag der
32 Fokus auf der Ausweitung der Befugnisse des Verfassungsschutzes und der Förderung
33 demokratischer Programme. Dass es dabei nicht bleiben kann, hat die Ampelkoalition
34 erkannt und formuliert eine Gesamtstrategie „auf nationaler und europäischer Ebene aus
35 Prävention, Deradikalisierung und effektiver Gefahrenabwehr“. Insbesondere soll politisch
36 motivierte Kriminalität, insbesondere in Hinblick auf frauen- und queerfeindliche
37 Hasskriminalität besser erfasst werden. Die Aufarbeitung des NSU-Komplexes möchte die
38 Bundesregierung mit einem Archiv zu Rechtsterrorismus gemeinsam mit den Ländern
39 voranbringen. Diese Maßnahmen sind zum großen Teil nötig und sinnvoll. Sie gehen
40 allerdings nicht weit genug, um Rechtsextremismus in staatlichen Stellen effektiv zu

1 verhindern und aufzuklären. Dazu braucht es unter anderem unabhängige Meldestellen, an
2 die sich Polizeikräfte oder Angehörige der Bundeswehr (anonym) wenden können, wenn sie
3 Rechtsextremismus in den eigenen Reihen bemerken. Diese Meldestellen müssen die
4 Autorität besitzen, Disziplinarmaßnahmen einzuleiten. Dafür ist dringend erforderlich, dass
5 alle polizeilichen Behörden, der Verfassungsschutz und die Bundeswehr ressourcenmäßig
6 so aufgestellt sind, dass eine Kontrollstelle effektiv arbeiten kann. Der Gesetzentwurf zur
7 Beschleunigung von Disziplinarverfahren, der aktuell im Kabinett debattiert wird, kann dazu
8 beitragen, Feind*innen der Verfassung schneller aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen.
9 Die bereits erfolgenden Hintergrundüberprüfungen bei Anwärter*innen der Bundeswehr und
10 der Polizei müssen intensiviert und auf alle Polizeibehörden ausgeweitet werden. Ebenso
11 ist eine regelmäßige Überprüfung notwendig, da eine Radikalisierung auch im späteren
12 Dienst erfolgen kann. Dazu könnte z.B. ein Mentoring-Programm beitragen, durch das
13 Nachwuchskräfte auch nach ihrer Ausbildung im Auge behalten werden können. Mehr
14 Ressourcen für das Bundesamt für Verfassungsschutz bedeuten zudem nicht, dass die
15 Verstrickung von Behörden und Amtsträger*innen in rechtsextremistische Gewalttaten (z.B.
16 des NSU) lückenlos aufgeklärt werden. In diesem Zuge muss der Kampf gegen den
17 Rechtsextremismus zur obersten Priorität erklärt werden. Wir fordern daher ein Ende der
18 Vertuschung staatlicher Verstrickungen durch Veröffentlichung von NSU-Akten (nicht nur
19 durch Leaks) und ein ehrliches Bemühen, rechte Terrorakte vollständig aufzuklären und die
20 Beteiligten zur Verantwortung zu ziehen.

21 Die Radikalisierung rechter Gruppen geschieht oft in sozialen Netzwerken wie Facebook
22 oder durch Messenger-Dienste wie Telegram. Gerade bei Telegram ist die Betreiberfirma
23 für deutsche Behörden kaum greifbar. Wenn ein solches Unternehmen in Deutschland bzw.
24 der Europäischen Union seine Dienste zur Verfügung stellt und damit Profite erwirtschaftet,
25 muss eine effektive Meldung verfassungswidriger Inhalte durch die Betreiberfirmen
26 sichergestellt werden. Dazu braucht es schärfere Maßnahmen, ggf. sogar eine Sperrung
27 solcher Dienste, die einer solchen Meldepflicht nicht nachkommen. Soziale Netzwerke sind
28 keine rechtsfreien Räume. Wer dort zu Straftaten aufruft, Hassrede oder Volksverhetzung
29 betreibt, muss strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Nur so kann verhindert
30 werden, dass eine Vernetzung rechter Gruppe erfolgt. Die Taskforce zu Telegram beim
31 Bundeskriminalamt, die Tatverdächtige identifizieren und strafrechtlich verfolgen soll, ist ein
32 Schritt in die richtige Richtung. Die Meldepflicht von Straftaten durch sozialer Netzwerke an
33 das BKA gem. dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist zur Zeit aufgrund von Klagen seitens
34 der Plattformen ausgesetzt. Es bleibt abzuwarten, ob die Gerichte diesen wichtigen
35 Bestandteil der Extremismusprävention aufrechterhalten.

36 Die Razzia im Dezember 2022 hat beispielhaft gezeigt, dass Reichsbürger*innen und ihre
37 Unterstützer*innen über eine große Zahl an Waffen verfügen. Auch der Täter des
38 rassistischen Anschlags von Hanau 2020 oder von Halle 2021 hatten Waffen zu Verfügung,
39 mit denen diese Taten begangen werden konnten. Die Forderung von Innenministerin
40 Nancy Faeser und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nach einer Verschärfung des

1 Waffenrechts muss in die Tat umgesetzt werden – insbesondere muss der Privatbesitz von
2 halbautomatischen Schusswaffen verboten werden. Immerhin gibt es in Deutschland ca.
3 eine Million private Waffenbesitzer. Verfassungsschutzbehörden müssen
4 nachrichtendienstlich gewonnene Erkenntnisse mit den Waffenbehörden teilen dürfen,
5 damit diese Rechtsextremist*innen die Waffenerlaubnis versagen oder entziehen können.
6 Daneben muss der Schwarzmarkt für Waffen effektiver bekämpft werden.
7 Weiterhin muss die öffentliche Kontrolle von Sicherheitsbehörden ausgeweitet werden.
8 Diese sind im Dienst der **gesamten** Gesellschaft tätig. Daher müssen FINTA, BIPoC,
9 queere Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte in Sicherheitsbehörden, der
10 Polizei und der Bundeswehr gefördert und häufiger eingestellt werden. Staatliche Behörden,
11 deren Besetzung von der Zusammensetzung der Gesellschaft erheblich abweicht, büßen
12 an ihrer demokratischen Legitimation und am Vertrauen der Gesellschaft ein.
13 Der letzte Absatz dieses Antrags soll ein Apell an alle demokratischen Kräfte in der
14 Gesellschaft sein, klare Kante gegen Rechtsextremismus zu zeigen. Viele Politiker*innen,
15 vor allem auf kommunaler Ebene, sind rechtsextremistischen Angriffen und Bedrohungen
16 oft schutzlos ausgesetzt. Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke
17 2019 ist ein mahnendes Beispiel dafür. Jedoch wird die Gefahr, die der Rechtsextremismus
18 darstellt, durch konservative Medien heruntergespielt. Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz
19 brauchte Tage, um sich zur Razzia gegen die „Patriotische Union“ zu äußern. Es ist diese
20 Gleichgültigkeit, das „Gewähren lassen“, dass die Demokratie offen ihren Feind*innen
21 ausliefert. Die Sicherheitsbehörden können nicht allein den Kampf gegen
22 Rechtsextremismus führen – dazu braucht es alle Demokrat*innen. So zum Beispiel gibt es
23 keine Rechtfertigung für eine Kooperation mit der AfD, egal ob in den Landtagen, dem
24 Bundestag oder Stadträten. Die Brandmauer muss fest stehen. Für uns ist klar: Kein
25 Fußbreit dem Faschismus!
26
27

A 3 Wider die Ökonomisierung! – Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen in der Kinderpflege

Antragssteller*innen: Lucy Eggert und Dennis Schnittke

Kinderintensivstationen in der Krise

Die medizinische Versorgung von Kindern ist in Deutschland so schwierig wie lange nicht mehr. Nach der Corona Pandemie haben die Grippewelle sowie das RS-Virus die Kliniken, sowie medizinisches Personal voll im Griff. Gerade das RS-Virus als akute Atemwegserkrankung stellt für Frühgeborene, Säuglinge und Kleinkinder eine starke Bedrohung des Lebens dar. Durch geschlossene Kitas und Schulen während der pandemischen Lage, haben sich die Infektionen nachgelagert und treten nun konzentriert auf.

Das Problem liegt hauptsächlich darin, dass Kinderkliniken sowie Kinderintensivstationen schlicht zu wenig Pflegepersonal haben, um mit der Flut an neuen Krankheitsfällen umgehen zu können. Das führt dazu, dass, laut einer Umfrage der DIVI, rund 40% der freien Betten nicht belegt werden können. Jede zweite Klinik gab Ende November an, dass in den vergangenen 24 Stunden mindestens ein Kind trotz akuter Bedrohungslage nicht auf die Kinderintensivstation aufgenommen werden konnte. Die Notfalllösung sieht so aus, dass viele dieser Kinder auf Normalstationen beatmet werden, obwohl sie eigentlich auf Intensivstationen behandelt werden müssten.

Die Versorgungssituation ist inzwischen so prekär, dass das Leben der betroffenen Kinder auf dem Spiel steht. Die Kapazitäten der Kinderkliniken sind schon bei weitem überschritten. Schwerkranke Kinder müssen in vielen Fällen mehrere 100 Kilometer in andere Kliniken gebracht werden. Dies ist eine konkrete Mehrbelastung für das ohnehin schon überarbeitete Personal in Zeiten chronischer Personalknappheit, da freie Plätze oft mehrere Stunden gesucht werden müssen. Die Verlegung in weit entfernte Kliniken ist auch für die meisten Eltern nicht zu stemmen. Ökonomische Schwierigkeiten, Zeitmangel und fehlende Fortbewegungsmöglichkeiten machen es für viele unmöglich, ihr Kind zu besuchen.

Wir als Jusos sind in der Pflicht, hier zu handeln!

Gegen Ökonomisierung und Ausbeutung

Der Hauptgrund für die massive Notlage auf den Kinderstationen ist der Personalmangel. In der Kindermedizin fehlen besonders viele Pflegefachpersonen. Das führt dazu, dass zurzeit in vielen Krankenhäusern Betten gesperrt sind oder ganze Stationen abgemeldet werden müssen. Der Pflegeberuf ist vor allem wegen der hohen körperlichen und psychischen Belastung für viele Menschen unattraktiv. Pfleger*innen haben es mit wechselnden Schichten zu tun, sie müssen viel Verantwortung tragen und emotional fordernde Beziehungsarbeit leisten. Gesellschaftlich wird ihre Arbeit wenig wertgeschätzt und die Gehälter sind trotz der anspruchsvollen Bedingungen eher gering. Pflegekräfte sind im Vergleich zu vielen anderen Berufstätigen überdurchschnittlich oft krank und frühverrentet. Die personellen Ausfälle führen wiederum zu weiterer Arbeitsbelastung für die übrigen Pflegekräfte – ein "Teufelskreis", wie es im Pflegereport heißt. Immer mehr beruflich Pflegende verlassen den Beruf.

1 2003 wurde das Fallpauschalensystem (Diagnosis Related Groups, DRGs) eingeführt. Das Konzept
2 dahinter: Die Krankenhäuser erhalten einen festen Betrag pro Patient mit einer bestimmten Diagnose.
3 Die Abrechnung mittels Fallpauschale benachteiligt die Medizin für Kinder. Das liegt unter anderem
4 daran, dass die hohe Notfallquote in der Kinder- und Jugendmedizin (ca. 80 % der stationären
5 Aufnahmen) eine aufwendige Bereitschaft von Struktur, Ausstattung und Personal erfordert. In einer
6 Kinderklinik gibt es enorme Schwankungen bei der Belegung und anders als in der
7 Erwachsenenmedizin gibt es hier kaum geplante Krankenhausaufenthalte. So müssen besonders viele
8 Kinder im Herbst und Winter, wenn Atemwegserkrankungen verbreitet sind, stationär behandelt
9 werden. Das Personal auf den Stationen muss aber das ganze Jahr durchfinanziert werden. Die
10 personellen Vorhaltekosten sind im Fallpauschalensystem nicht abgebildet. Hinzu kommt, dass
11 Behandlungen von Kindern häufig zeit- und personalintensiver sind als die von Erwachsenen. Auch
12 dieser Aspekt wird im Fallpauschalensystem nicht berücksichtigt. Die Folge: Kinderkliniken haben
13 höhere Kosten- bei gleichen Einnahmen.

14 Mit der Einführung von Fallpauschalen in Deutschland ist die Zahl der Kinderkliniken um ein Fünftel
15 und die Zahl der Betten um ein Drittel gesunken. Dieser Rückgang geht nicht etwa auf weniger Bedarf
16 zurück, denn im gleichen Zeitraum stiegen die Fallzahlen von durchschnittlich 900.000 behandelten
17 Kindern und Jugendlichen im Jahr auf mehr als 1 Million an. Die Folge: Immer öfter werden
18 Behandlungen verschoben oder kranke Kinder auf andere Kliniken verwiesen. Dabei ist das Ziel der
19 wohnortnahen Behandlung gerade für Familien und Kinder immens wichtig.

20

21 **Deshalb fordern wir:**

- 22 • Die Entsendung medizinischen Personals des Sanitätsdienstes der Bundeswehr,
23 oder von Rettungsdiensten in die Kinderkliniken, um akut Abhilfe zu schaffen
24
- 25 • Weniger bürokratischen Aufwand: Pflegekräfte sollten nur das Notwendigste
26 dokumentieren müssen und sich ansonsten auf die Pflege konzentrieren können
27
- 28 • Optimierung der Arbeitsbedingungen auf den Kinderstationen
29
- 30 • Auszahlung von fairen Löhnen
31
- 32 • Eine ausreichende personelle Infrastruktur
33
- 34 • Migration von Pflegekräften aus dem Ausland erleichtern
35
- 36
- 37 • Eine Ersetzung des Fallpauschalensystems: Die Behandlung von Patient*innen sollte
38 nicht von ökonomischen Überlegungen bestimmt werden
39

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- Reform der gesamten Finanzierung im Gesundheitssystem: die vollständige Übernahme der Investitionskosten in freigemeinnützigen und öffentlichen Kranken- und Pflegeeinrichtungen durch die Länder. Um das zu ermöglichen, fordern wir die Überarbeitung der Förderkriterien im Krankenhausfinanzierungsgesetz. Im Zentrum für die Förderbarkeit müssen die Kriterien Versorgungsqualität und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten stehen
 - Kliniken in öffentliche Hand geben: Kliniken dürfen nicht durch private Unternehmen gewinnorientiert betrieben werden, sondern gehören in öffentliches Eigentum und müssen entsprechend der Bedürfnisse ausfinanziert werden
 - Demokratisierung von Kliniken: Medizinisches Personal soll Entscheidungen treffen, um eine bestmögliche Versorgung fernab von ökonomischer Motivation sicherzustellen

1 **A 4 Endlich eine HIV-PrEP-Berechtigung für alle –** 2 **im Kampf gegen AIDS**

3
4 Antragsteller: Carlos Apel

5
6 Sexuell übertragbare Krankheiten oder sogenannte Geschlechtskrankheiten sind trotz
7 weitreichender Forschung ein immer noch schwerwiegendes gesundheitliches Problem.
8 Ursache davon sind eben nicht fehlende medizinische Möglichkeiten gegen diese
9 Erkrankungen vorzugehen. Nein, es sind mangelnde Aufklärung, Stigmatisierung,
10 finanzielle und moralische Hürden. Eine der noch viel zu sehr verbreiteten sexuell
11 übertragbare Krankheiten ist die durch das übertragene HI-Virus ausgelöste Erkrankung
12 AIDS. Gleichzeitig besteht ein sehr effektives und wichtiges Mittel, um die weitere
13 Verbreitung gegen diese Erkrankung zu bekämpfen: die HIV-Prä-Expositions-Prophylaxe.

14 Die HIV-Prä-Expositions-Prophylaxe (HIV-PrEP)

15 Die HIV-Prä-Expositions-Prophylaxe ist ein Medikament, mit dem sich HIV-negative
16 Menschen vor der Infektion mit HIV schützen können. Sie gilt als Safer-Sex-Methode,
17 schützt aber nicht vor weiteren Geschlechtskrankheiten, ersetzt also nicht Kondome oder
18 Oralschutztücher. Durch die regelmäßige Einnahme des Medikaments sorgt für eine
19 notwendige Konzentration der beiden Wirkstoffe (Tenofovir, Emtricitabin) in Blut und
20 Schleimhautzellen (bspw. im Darm oder der Vagina). Bei einem Kontakt mit den
21 Körperflüssigkeiten einer HIV-positiven und infektiösen Person verhindert diese die
22 Vermehrung der HI-Viren in den Schleimhäuten und sorgt damit für einen Schutz vor einer
23 Infektion. Die Schutzwirkung ist bei regelmäßiger Einnahme erheblich. Beim Zwei-Wirkstoff-
24 Präparat senkt das Medikament das Infektionsrisiko um 90 %. Zudem ist eine Resistenz der
25 HI-Viren extrem selten. Die Wirkstoffe können allerdings zu schwerwiegenden
26 Nebenwirkungen führen, einschließlich der Verschlechterung der Nierenfunktion und
27 Verringerung der Knochendichte. Dies macht wiederkehrende Blutuntersuchungen
28 notwendig, je nach Risikofaktoren alle drei bis zwölf Monate. Zusätzlich sind
29 Untersuchungen auf HIV, weitere Geschlechtskrankheiten und Hepatitis B notwendig. All
30 diese Untersuchungen sind mit entsprechenden Kosten verbunden.

31 Aktuelle Regelungslage

32 Seit dem 01. September 2019 werden die HIV-PrEP und notwendige
33 Begleituntersuchungen für Menschen mit erhöhtem HIV-Ansteckungsrisiko von den
34 gesetzlichen Krankenkassen übernommen, abweichende Regelungen treffen private
35 Krankenversicherungen. Dies war ein langerkämpfter und erster richtiger Schritt zur
36 Verbesserung der Versorgungslage und zur Bekämpfung von AIDS. Jedoch werden die
37 Medikamente werden lediglich von bestimmten Ärzt*innen verschrieben und die
38 Kostenübernahme gilt nicht für alle Menschen. Die *Deutsch-Österreichische PrEP-Leitlinie*
39 definiert die Kategorie der Menschen mit erhöhtem substanziellem HIV-Risiko wie folgt: Die

1 erste Gruppe sind Männer, die Sex mit Männern haben (MSM), und trans* Personen, die in
2 den letzten drei bis sechs Monaten Analverkehr ohne Kondom hatten und/oder
3 voraussichtlich in den nächsten Monaten Analverkehr ohne Kondom haben werden
4 und/oder in den letzten zwölf Monaten eine Geschlechtskrankheit hatten. Die zweite Gruppe
5 bilden Partner*innen von Menschen mit HIV, die keine HIV-Therapie machen, bei denen die
6 HIV-Therapie nicht richtig wirkt oder bei denen die HIV-Therapie noch nicht mindestens
7 sechs Monate lang wirkt. Die dritte Gruppe stellen Menschen, die Sex ohne Kondom mit
8 Partner*innen haben, bei denen eine undiagnostizierte HIV-Infektion wahrscheinlich ist. Bei
9 der vierten Gruppe handelt es sich um Drogen injizierende Personen, die keine sterilen
10 Spritzbestecke verwenden.

11 Einteilung in eine Hochrisikogruppe und Kosten

12 Menschen, welche nicht in diese Kategorie fallen, müssen die Kosten des HIV-PrEP-
13 Medikaments, welche sich auf 40-80€ monatlich belaufen, sowie die Begleituntersuchungen
14 selbst tragen. Summen die viele Menschen sich nicht leisten können. Doch wie konstruiert
15 sich diese Einteilung? Wer ist damit abgedeckt? Und wer wenig überraschenderweise in der
16 patriarchalen Gesellschaft nicht?

17 Deutlich zeigt sich das homophobe Erbe der Stigmatisierung von AIDS als Seuche von
18 homosexuellen Männern. Sie basiert auf der Idee es handle sich um eine „Schwulenseuche“
19 und nicht als gesamtgesellschaftliches Problem. Die Bildung der vorgestellten Kategorie der
20 HIV-Hochrisikogruppe geht von einem Infektionsmonopol bei der sog. Gruppe Männer, die
21 Sex mit Männern (MSM) haben, welche sich u.a. auch in der Blutspendenbeschränkung
22 wiederfindet. Damit folgt sie der immer noch andauernden Stigmatisierung der AIDS-
23 Erkrankung im Zusammenhang mit schwulen Männern und sorgt für eine Ausgrenzung aus
24 der Gesellschaft.

25 Insgesamt müssen Menschen, welche sich die HIV-PrEP verschreiben lassen, sich häufig
26 einer moralischen Verurteilung von Ärzt*innen und auch außerhalb des
27 Behandlungszimmers aussetzen, wenngleich das einzige Ziel ist, ein
28 verantwortungsbewusstes und freies Sexualleben zu führen. Zu sehr ist mit der Einnahme
29 der HIV-PrEP ein hohes und risikoreiches sexuelles Aktivitätslevel mit zahlreichen
30 Sexualpartner*innen verbunden, welches zur Stigmatisierung der einnehmenden Personen
31 führt. Diese moralische Verurteilung trifft Frauen insbesondere. Der weitgehende
32 Ausschluss von Frauen aus der HIV-Hochrisikogruppe beruht mit auf der sexistischen
33 Annahme, dass das Sexualleben von Frauen derart gering ist, dass ein Kostenübernahme
34 durch die Krankenkassen der HIV-PrEP nicht gerechtfertigt ist. Wieder einmal trifft hier die
35 patriarchale Gesellschaft Urteile über die „richtige“ Geschlechterrolle von Frauen. Die
36 Kontrolle von Frauen über ihre Sexualität und moralischer Bewertung steht im Zeichen
37 jahrhunderterlanger patriarchaler Regulierung und Machtstabilisierung und muss daher auf
38 allen Ebenen bekämpft und aufgelöst werden. Die Möglichkeit ein selbstbestimmtes Leben
39 zu führen, definiert sich im feministischen Kampf auch zentral über die Möglichkeit ein
40 selbstbestimmtes Sexualleben zu führen. Sex und Macht sind unweigerlich miteinander

1 verbunden. Macht über den eigenen Körper bestimmen oder nicht bestimmen zu können.
2 Der freie Zugang zu Verhütungsmitteln ist damit ein wichtiges Element die bisherige
3 Machtverteilung zu verändern. Damit dies möglich ist und auch nicht von finanziellen Hürden
4 verhindert wird, braucht es eine diskriminierungsfreie und kostenlose Versorgung von
5 Verhütungsmitteln und Mitteln zum Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten wie der
6 HIV-PrEP.

7 Schließlich basiert geteilte Kostenübernahme auf einem profitorientierten kapitalistischen
8 unmenschlichen Gesundheitssystem, welches Gesundheit und deren Versorgung
9 kommerzialisiert und zu einem Produkt gemacht hat. Wie in anderen Anträgen bereits
10 beschlossen, möchten wir auch hier noch einmal unsere Forderung nach einem
11 klassenlosen, diskriminierungsfreien und antikapitalistischen Gesundheitswesen
12 bekräftigen. Auf globaler Ebene muss Deutschland seiner Verantwortung gerecht werden
13 und Mittel wie die HIV-PrEP in Staaten mit weit geringerer Versorgungslage verteilen.
14 Gleichzeitig sollte die Bundesregierung im solidarischen Kampf gegen den
15 Gesundheitskapitalismus auf eine Öffnung der Wirkstoffpatente hinwirken, um die Preise
16 und Produktionsbeschränkungen zu verringern.

17 Die aktuelle Regelung schließt strukturell Menschen von einer wichtigen
18 Gesundheitsversorgung aus. Dies kann und darf nicht so bleiben. Erneut ist die Frage von
19 einer entsprechenden gesundheitlichen Versorgung abhängig von persönlichen und
20 finanziellen Ressourcen und Geschlecht. Daher fordern wir eine Übernahme der HIV-PrEP-
21 Medikamente sowie der notwendigen Begleituntersuchungen durch die Krankenkassen,
22 und zwar unabhängig von Geschlecht und Lebensentwurf.

23 Schwerpunktpraxen

24 Als erschwerende Zugangsbeschränkung zu den Kosten kommt noch hinzu, dass die HIV-
25 PrEP nur von bestimmten Ärzt*innen verschrieben wird. Dabei handelt es in der Regel um
26 fachspezifische Praxen im Bereich Infektiologie. Die *Deutsche Arbeitsgemeinschaft*
27 *niedergelassener Ärzte in der Versorgung HIV-Infizierter e.V.* (dagnä) verzeichnet
28 deutschlandweit lediglich 97 entsprechende Praxen, davon 38 in Köln und Berlin. Wenige
29 Praxen bedeuten wenige Termine und eine mangelnde Versorgung. Bereits vor der Reform
30 2019 führten die spezialisierten Praxen lange Wartelisten. Zusätzlich sind diese in der Regel
31 in städtischen Ballungsgebieten angesiedelt, wodurch für ländlich lebende Menschen der
32 Zugang durch lange Anfahrtswege und damit verbundenen zeitlichen und finanziellen
33 Kosten abermals erschwert wird. Der Zugang zu Fachärzt*innen ist auch für Menschen mit
34 beschränktem Bewegungsradius ein Hindernis. Eine Behinderung oder eine durch fehlenden
35 Aufenthaltsstatus bedingte Residenzpflicht bzw. Gemeindepflicht verhindern zum Teil
36 vollständig eine entsprechende Beratung und Versorgung. Die grundsätzlich prekäre
37 Gesundheitsversorgung für Menschen in Einrichtungen für Geflüchtete und oder mit
38 ungeklärten Aufenthaltsstatus verschlimmert sich durch den begrenzten Zugang verstärkt.
39 Aus diesen Gründen muss zukünftig eine Beratungsgespräch, sowie die Verschreibung
40 durch Hausärzt*innen stattfinden können. Entsprechende Weiterbildungen sollten

1 ausgearbeitet und angeboten werden. Durch die veränderte Regelung könnten die
2 spezialisierten Infektiologie-Praxen entlastet werden und sich auf die Versorgung der HIV-
3 positiven Patient*innen konzentrieren. Im Zusammenhang muss eine ebenfalls
4 flächendeckende Versorgung mit dem HIV-PrEP-Medikamenten in Apotheken gewährleistet
5 sein.

6 Aufklärung über sexuell übertragbare Krankheiten

7 Die patriarchalen Strukturen unserer Gesellschaft zeigen sich abermals im
8 Gesundheitswesen durch eine mangelhafte Aufklärung über sexuell übertragbare
9 Krankheiten und die Vielfalt an Sexualität und Beziehungsmodellen. Ähnlich wie Aufklärung
10 über Verhütung, aber genauso die typischen Symptome eines Herzinfarkts bei Frauen, fehlt
11 es an Aufklärung und dem Zugang zu Informationen beim Thema HIV-PrEP. Die Verteilung
12 von Ressourcen und Privilegien spielt hier eine entscheidende Rolle und führt dazu, dass
13 die Teile der Gesellschaft, welche von struktureller Diskriminierung betroffen sind,
14 grundlegende Informationen nicht erhalten und deutlich häufiger erkranken.

15 Hinsichtlich der Aufklärung spielt die Sexualerziehung in den Schulen eine zentrale Rolle.
16 Diese beschränkt sich erschreckenderweise immer noch zu sehr auf den Prozess
17 biologischer Reproduktion und nimmt eine primär cis-hetero männliche Perspektive ein. Die
18 breite Bandweite von unterschiedlichen sexuellen Identitäten und Orientierungen, Lust,
19 Aufklärung über sexuell übertragbare Krankheiten, patriarchale Strukturen und Konsens
20 kommen zu wenig oder gar nicht vor. Sexualerziehung muss feministisch neugedacht und
21 reformiert werden. Gerade vor dem Hintergrund von finanziellen Ungleichheiten in der
22 Gesellschaft muss feministische Gesundheitsbildung zum Pflichtprogramm in der Schule
23 werden. Einkommensschwache Haushalte haben oft nicht Möglichkeit sich selbstständig
24 und ausreichend über diese Themen zu informieren und können oft diese Aufklärungsarbeit
25 nicht leisten. Sei es wegen Krankheit, schwierigen Familienverhältnissen oder Arbeitszeiten.
26 Hier muss der Staat die Aufklärung gesamtgesellschaftlich übernehmen.
27 Gesamtgesellschaftlich muss auch weiter gegen die starke Stigmatisierung von AIDS
28 gearbeitet werden.

29 Wissen über Körper, sexuelle Orientierungen und Identitäten und sexuell übertragbare
30 Krankheiten gibt Handlungsfähigkeit und mehr Wissen zum selbstbestimmten Leben. Eine
31 Handlungsfähigkeit die insbesondere Menschen brauchen, welche von struktureller
32 Diskriminierung betroffen sind.

33 *gender data gap* und die Gesundheitsforschung

34 Abschließend ist erneut auf die patriarchalen und diskriminierenden Strukturen des
35 Gesundheitswesens aufmerksam zu machen. Deutlich tritt auch im Zusammenhang mit den
36 Nebenwirkungen der HIV-PrEP die sog. *gender data gap* hervor. Diese entsteht durch die
37 grundlegende Ausrichtung von Forschung und Strukturen auf Männer. Die *gender data gap*
38 hat lebensentscheidende Einflüsse. Entweder geht es um zu große Crash-Dummies in
39 Fahrzeugen, welche an den durchschnittlichen männlichen Körper konstruiert sind oder
40 wenn es um die typischen Anzeichen eines Herzinfarkts geht. Fast in jeder

1 Krankenhausserie findet sich die Szene eines älteren Mannes welcher Schmerzen im Arm
2 hat und daraufhin schnellstmöglich behandelt wird. Bei Frauen findet kündigt ein Herzinfarkt
3 durch Bauchschmerzen an. Genauso findet diese sich in Studien für Medikamente. So
4 wurden auch die meisten Studien der HIV-PrEP an Männern durchgeführt. Infolgedessen
5 fehlen wichtige Informationen über die Wirkungen des Medikaments. Die *gender data gap*
6 muss geschlossen werden. Für die Gesundheitsforschung bedeutet dies, dass der gesamte
7 Forschungsprozess und -strukturen divers ausgestaltet werden muss. Forschende und
8 Forschungsobjekte müssen dürfen nicht mehr hauptsächlich von cis-hetero Männern
9 gestellt werden.

10 Forderungen:

11 Gesundheitsversorgung darf nicht diskriminierend sein. Die selbstbestimmte Entscheidung
12 über das eigene Sexualleben muss frei getroffen werden können und dafür braucht es die
13 gleichen Zugänge, die gleichen Möglichkeiten. Daher fordern wir:

- 14 - Gesamtgesellschaftliche staatliche Aufklärungskampagnen gegen die
15 Stigmatisierung von HIV/AIDS und Mitteln zur Verhütung und Safer-Sex.
- 16 - Eine zeitgemäße und feministische Reformierung der Sexualerziehung in der Schule
17 mit Fokus auf die Diversität der Menschen und Gesundheitsbildung
- 18 - Vollkostenübernahme durch Krankenkassen von Mitteln zur Verhütung und zum
19 Safer-Sex. Darunter zählen neben dem Kondom, genauso auch Oralschutztücher
20 und Medikamente wie die HIV-PrEP.
- 21 - Vollkostenübernahme der HIV-PrEP und entsprechender Begleituntersuchungen
22 unabhängig von Geschlecht und Geldbeutel durch Krankenkassen
- 23 - Die folgenreichste Anerkennung von Mitteln zur Verhütung und zum Safer-Sex als
24 grundlegende Gesundheitsversorgung.
- 25 - Die Einführung einer Beratungs- und Verschreibungsmöglichkeit von HIV-PrEP durch
26 Hausärzt*innen im Sinne einer barrierearmen Versorgungslage. Entsprechende
27 Fortbildungen müssen angeboten werden.
- 28 - Das dringend notwendige Schließen der *gender data gap* in allen Bereichen.

1 **A 5 Wider die Ökonomisierung der Bildung!**

2

3 **Antragssteller*innen: Aysegül Paran, Gunar Kern, Madita Fester**

4

5 Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Doch in einer Gesellschaft, die
6 durch ökonomische Zwänge und soziale Ungleichheiten bestimmt wird, ist auch das Gut
7 Bildung nicht gerecht verteilt, sondern der soziale Aufstieg durch Bildung wird systematisch
8 verhindert. Somit wird einem nicht unerheblichen Teil der Gesellschaft Chancen
9 vorenthalten, sich zu beteiligen. Es ist zudem erschwert, sie an demokratischen Prozessen
10 teilhaben zu lassen. Als Jusos ist es unser Anspruch, eine Gesellschaft der Freien und
11 Gleichen zu verwirklichen, weswegen ein offenes und gerechtes Bildungssystem eines
12 unserer Kernanliegen ist.

13

14 Doch können wir beobachten, wie auch das Bildungssystem den ökonomischen Zwängen
15 unterworfen wird. Insbesondere an Hochschulen ist eine Ökonomisierung der Bildung weit
16 vorangeschritten. Aber schon im Schulsystem verstärkt sich der Leistungsdruck und Bildung
17 richtet sich danach aus, dass Menschen und ihre Fähigkeiten daran gemessen werden,
18 inwieweit sie materiellen Mehrwert schaffen. Bildung und Bildungsmaßnahmen sind der
19 Verwertbarkeitslogik und Effizienz unterworfen. Konkurrenzdenken zwischen
20 Schüler*innen, Studierenden, Mitarbeiter*innen an Hochschulen und Professor*innen um
21 die besten Noten, die besten Studienstandorte und Forschungsgelder bestimmen den
22 Diskurs. Wir rücken also immer weiter weg von unserem Bildungsideal, das den
23 immateriellen Wert von Bildung für Individuum und Gesellschaft hochhält.

24 Insbesondere Hochschulen befinden sich in Konkurrenz zueinander um Drittmittel, das
25 beste Lehrpersonal, die besten Studierenden und das beste Ranking. Die Qualität der
26 Ausbildung an einer Hochschule hängt also maßgeblich vom Standort ab, ebenso wie von
27 den finanziellen Mitteln, die den einzelnen zur Verfügung stehen sowie dem sozio-
28 ökonomischen Hintergrund, aus dem die Studierenden stammen. Dies hat ebenso einen
29 Einfluss auf den Schulabschluss, der den Zugang zu einer Hochschule überhaupt erst
30 ermöglicht.

31

32

33 **Private Hochschulen schlagen Kapital aus staatlichem Versagen**

34

35 Studienplätze sind knapp und das, obwohl der Andrang und die Leistungsansprüche immer
36 größer werden. Viele Studierende sehen sich nach ihrem Abitur mit der Realität konfrontiert,
37 dass ihnen aufgrund ihres Numerus Clausus die freie Berufswahl verwehrt bleibt.
38 Menschen, die einen medizinischen oder psychologischen Berufsweg einschlagen
39 möchten, müssen sich umorientieren, im Ausland studieren oder sich an private
40 Hochschulen wenden. So studierten im Jahr 2000 noch etwa 25000 Studierende an privaten

1 Hochschulen, so waren es 2021 schon 300.000. Diese Entwicklung muss ein aufweckender
2 Indikator dafür sein, dass Bildungsgerechtigkeit auf der Kippe steht. Oft sind private
3 Hochschulen für viele die letzte Möglichkeit, um die von der Gesellschaft und dem Markt
4 auferlegten Erwartungen zu erfüllen, einen akademischen Abschluss zu erreichen. Man darf
5 sich hier jedoch nicht täuschen lassen, private Hochschule wie die Fresenius Hochschule
6 erschaffen keineswegs "Elite"-Absolvent*innen wie es Harvard, St. Gallen und andere
7 Privatuniversitäten tun. Hochschulen, wie die Fresenius Hochschule, bilden reguläre
8 Arbeitskräfte für den Markt aus, Lehre ist oft weder kritisch noch am immateriellen Wert von
9 Bildung ausgerichtet. Und dies zu einem hohen Preis. Oft kostet ein Bachelor an einer
10 privaten Hochschule bis zu 30.000€. Eine Summe, die von einigen privilegierten Familien
11 stemmbar ist. Für viele Studierende bedeutet dies allerdings, einen Kredit aufzunehmen und
12 somit direkt verschuldet in das Berufsleben einzusteigen, wie es in den USA der Fall ist.
13 Private Hochschulen schlagen somit Kapital aus der Not Studierender. Dies muss zutiefst
14 verurteilt werden, allerdings ist es wichtig, hier einen Schritt weiterzudenken. Wir müssen
15 uns die Frage stellen, wie es überhaupt zu diesen Lücken kommen konnte. Sind wir als
16 Staat und Gesellschaft nicht in der Verantwortung, gleiche Chancen für alle zu schaffen, so
17 dass es erst gar keinen Platz für Marktanbieter gibt, die diese Lücke aus Profitgier
18 schließen? Die Ökonomisierung der Bildung hat dazu geführt, dass der Staat seiner
19 Aufgabe für Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, nicht nachkommt und somit Platz geschaffen
20 hat für Institutionen, die Kapital aus Bildung schlagen. Für uns sollte klar sein, dass der
21 Staat hier versagt und das kapitalistische System unserem Anspruch an ein gerechtes
22 Bildungssystems konträr gegenübersteht.

23
24

25 **Bildung, aber mit gerechtem Zugang**

26

27 Der Kampf gegen die Bevorteilung von sozio-ökonomisch bessergestellten Menschen beim
28 Hochschulzugang, muss eng verknüpft sein mit einer Diskussion um den Numerus Clausus,
29 Zulassungsverfahren und die Bedeutung von Noten. Bildung für alle bedeutet nämlich auch
30 darüber zu sprechen, wie ein gerechter Zugang zu Bildung aussehen kann.

31 Studienplätze werden auf absehbare Zeit in ihrer Zahl begrenzt bleiben, während die Zahl
32 der Studierenden weiterhin ansteigen wird. Die Antwort können nicht private Hochschulen
33 sein, sondern ein Ausbau von öffentlich geförderten Hochschulen. Es muss eine Lösung
34 gefunden werden, wie man einen gerechten Hochschulzugang gestaltet, der all denjenigen
35 ein Studium ermöglicht, die dieses anstreben. Es kann nicht das Ziel sein, dass sich
36 Studierende enorm verschulden, bevor sie überhaupt ihren Abschluss erreicht haben.

37 Das zentrale Mittel des Hochschulzugangs: Der Numerus Clausus. Er wird vielfach kritisch
38 diskutiert, da Schüler*innen aus akademischen und sozio-ökonomischen Haushalten eine
39 Bevorzugung erhalten. Sie profitieren von der Unterstützung durch ihre Eltern und können
40 sich beispielsweise Nachhilfe oder zusätzliches Material leisten. Das Argument, der NC sei

1 leistungsgerecht, verdeckt die Ungleichheiten der Familien, aber auch Vorurteile bei
2 Lehrpersonal oder mögliche Nachteile beim Schulstandort. Hier werden insbesondere
3 Studienbewerber*innen mit Migrationsvorgeschichte oder -hintergrund, aber auch aus
4 sozio-ökonomisch schlechter gestellten Haushalten strukturell benachteiligt.
5 Eignungstests und Assessment-Center werden diese Ungleichheit nicht aufheben, denn
6 auch auf sie kann man sich durch materielle Vorteile oder familiäres Vorwissen vorbereiten.
7 Bildung für alle, insbesondere ein Vorgehen gegen private Hochschulen, die staatliche
8 Lücken kapitalistisch ausbeuten, bedeutet, andere Wege der Zulassung zu diskutieren:
9 Beispielsweise Zulassungsquoten oder Losverfahren. Dies Bedarf einer grundlegenden
10 rechtlichen wie gerechtigkeitsgeleiteten Auseinandersetzung.

11

12

13 **Bildung darf keine Frage des sozialen Standes sein**

14 Noten, der Numerus Clausus und die damit verbundenen Bildungschancen sind durch eine
15 Vielzahl an Faktoren determiniert. Der sozioökonomische Hintergrund entscheidet darüber,
16 welche zusätzlichen Mittel Eltern für Bildung verwenden können. Sei es das Tablet, der
17 Computer oder Nachhilfelehrer*innen, welche maßgeblich zu besseren Noten beitragen
18 können. Auch außerschulische Bildungsmöglichkeiten sind davon nicht ausgenommen.
19 Diese stärken die Allgemeinbildung und das Verständnis für viele geforderte Aufgaben im
20 Lehrplan. So werden auch im Lehrplan strukturell sozial schlechter gestellte Kinder
21 benachteiligt. Wenn Eltern über akademische Abschlüsse verfügen, hilft dies den Kindern
22 nicht nur bei der Bewältigung von Aufgaben, sondern oft ist dies auch der Grund dafür, den
23 Kindern eine entsprechende Gymnasial-Empfehlung auszusprechen. Die Chance, dass ein
24 Kind von Akademiker*innen diese Empfehlung bekommt, ist dreimal größer als bei einem
25 Arbeiter*innenkind - und das bei den gleichen Noten im Zeugnis. Ebenso spielt das
26 Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer Migrationsvorgeschichte zu bedeutenden
27 Unterschieden bei den Bildungsmöglichkeiten. Kinder mit Eltern, die mit Sprachbarrieren
28 konfrontiert sind, erhalten oft weniger Unterstützung zu Hause. Ebenso erfahren sie
29 Rassismus in der Schule und sehen sich mit Vorurteilen konfrontiert. Menschen mit
30 Migrationsgeschichte bekommen auch bei vergleichbarem sozio-ökonomischen Status
31 statistisch schlechtere Noten. Ein klarer Hinweis auf strukturellen Rassismus und darauf,
32 dass unser Bildungssystem und Lehrkräfte Menschen ungleich behandeln.

33 Bildung muss universellen Gerechtigkeitsansprüchen genügen, die Ausschluss und
34 Diskriminierung aufgrund sekundärer Faktoren unmöglich machen. Menschen, die von
35 diskriminierenden Mustern betroffen sind, stehen vor der Situation, statistisch schlechtere
36 Noten zu bekommen, einen erschwerten Zugang zu akademischer Bildung zu erhalten, sich
37 gegen ihren eigentlichen Berufswunsch zu stellen und sich im Ernstfall für eine private
38 Hochschule entscheiden zu müssen und damit durch Schulden einen erschwerten Start ins
39 Berufsleben haben. Der Staat hat an dieser Stelle versagt. Wir müssen Bildung und die
40 damit verbundenen Chancen ganzheitlich betrachten und für Bildungsgerechtigkeit

- 1 kämpfen. Nur wenn wir dies tun, können wir Kreisläufe durchbrechen, die Menschen
- 2 strukturell schlechter stellen und jungsozialistischen Ansprüchen gerecht werden.